Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 24 | Februar 1979 | 0,80 DM/Laden 1,00 DM

Nein zu den persischen Pinochets!
Nein zur „gerechten Herrschaft des Islam“!
Für eine Arbeiterrevolution in Iran!

5. Januar - Ein Jahr nach Beginn der massiven Proteste in Iran gegen den Schlächter Schah scheint dessen Ende besiegelt. „Der Sieg ist nah!“, skandieren Chomeinis Anhänger immer häufiger. Sich zynisch den Haß der iranischen Massen gegen den blutbefleckten Despoten zunutzemachend, betreibt der schiitische Klerus den Sturz Mohammed Reza Pahlevis mit allen Mitteln, um die Tyrannei des Schah durch das Joch einer reaktionären islamischen „Republik“ zu ersetzen. Die am 6. November eingesetzte Militärregierung hat sich keine zwei Monate halten können, unfähig, die Millionen Schah-Gegner unter Kontrolle zu halten, wie die Massendemonstrationen anläßlich des religiösen Trauermonats Moharram am 11./12. Dezember gezeigt haben. Zur Jahreswende mußte der vom CIA trainierte General Gholam Reza Azhari zurücktreten, nicht ohne vorher seine Dollar-Millionen ins Ausland transferiert zu haben. Jetzt setzt der Schah, der sich mit „Urlaubs“absichten im Ausland trägt, erneut auf die Karte einer Zivilregierung: er beauftragte Schapour Bachtiar, einst Mitglied des bürgerlich- nationalistischen Mossadegh-Regimes, mit der Bildung einer neuen Regierung, das „Parlament“ bestätigte Bachtiars Nominierung zum Ministerpräsidenten. Ziel dieser scheindemokratischen Schmierenkomödie: „das Land vor weiterem inneren Zerfall und den Pfauenthron für den Schah zu retten“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 5. Januar). In der Tat, die erfolgreiche Durchführung von Bachtiars Programm, „arbeiten, arbeiten, arbeiten“, würde für die iranischen Massen nur die Fortsetzung der Herrschaft der Mörder-Monarchie und der kapitalistischen Ausbeutung bedeuten. So war es nur konsequent, als Bachtiar noch vor seiner Ernennung die Werktätigen aufrief, alle Streiks zwecks „Rettung der Nation“ einzustellen.

Aber diese neue Regierung im Sold des Schahinschah ist bereits so diskreditiert, daß die oppositionelle bürgerliche Nationale Front sich genötigt sah, Bachtiar bereits Stunden nach den ersten Gerüchten über dessen Nominierung aus ihren Reihen auszuschließen.

Nichts geht mehr im Iran. Weder die Peitsche des SAVAK und des Militärs, noch das Zuckerbrot einer „demokratisch“ aufgepäppelten Monarchie vermag die unterjochten iranischen Werktätigen im Zaum zu halten. Die Demonstrationen in Teheran und vielen anderen Städten des Landes reißen nicht ab. Am 30.¡31. Dezember erhängten wutentbrannte Demonstranten in der Stadt Mesched drei Agenten des verhaßten SAVAK, woraufhin Armeeinheiten unter der Menge ein Blutbad anrichteten und schätzungsweise 700 Tote hinterließen. Aber selbst diese bisher zuverlässigste Stütze des Despoten, die Armee, scheint gegen den Virus der Opposition nicht immun zu sein. So sollen sich in Täbris im Nordwesten des Landes Mitte Dezember mehrere hundert Soldaten mit Demonstranten verbrüdert haben. Die größte Sorge jedoch bereiten dem Schah die mächtigen Streiks, die den öffentlichen Dienst, die Banken, die Stahlindustrie und die Erdölproduktion lahmlegen: „Die Räder der Wirtschaft



23. JANUAR - Während das Offizierskorps nach der Flucht des Schah einen Putsch im Pinochet-Stil erwägt, kündigt der moslemische Patriarch Ajatollah Chomeini seine Rückkehr nach Teheran an, mit der festen Absicht, die Mörder-Monarchie Resa Pahlevis durch eine nicht minder reaktionäre islamische Diktatur zu ersetzen. Am vergangenen Wochenende erhielt die iranische Linke und Arbeiterbewegung einen kleinen Vorgeschmack dessen, was ihr unter einer „gerechten Herrschaft des Islam" blühen würde: „Die einzige Partei ist die Partei Gottes!" grölend, griff am Samstag ein fanatischer moslemischer Mob in der Teheraner Avenue Pahlevi eine Demonstration mehrerer tausend linker Studenten an und trieb sie mit brutaler Gewalt auseinander *(Le Monde*, 23. Januar). Als am Sonntag nochmals etwa zehntausend Linke mit Parolen wie „nicht für Gott und nicht gegen Gott" auf die Straße gingen, versuchten Moslem-Fundamentalisten eine Pogromstimmung unter der Bevölkerung zu schüren: „Achtung, die Kommunisten kommen", „diese Demonstration ist nicht durch die religiösen Führer autorisiert worden", „sie (die Linken) haben nicht das Recht, Chomeinis Namen auszusprechen". Diese ersten Anzeichen eines „Heiligen Krieges" gegen die „kommunistische Bedrohung" unterstreicht nur noch einmal die Richtigkeit unserer revolutionären Perspektive, gleichermaßen gegen die Tyrannei des Schah als auch gegen den reaktionären Klerus zu kämpfen. Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!

müssen wieder laufen." Sonst „sehe ich kaum eine Zukunft für dies Land". Bisher haben freilich weder die Aufrufe Bachtiars, der Nationalen Front, noch die Appelle des islamischen Klerus von Schariat Madari bis zu Chomeini, doch für den Inlandsbedarf zu produzieren, die Arbeiter auf den Ölfeldern von Abadan zum Aufgeben bewegen können.

Diese Aufforderung zum Streikabbruch auch seitens der schiitischen Geistlichkeit, der Ulema, macht deutlicher als alles andere, was das iranische Proletariat von einer „gerechten islamischen Regierung", wie Chomeini sie fordert, zu erwarten hätte. Der moslemische Klerus ist nicht nur der geschworene Gegner des Kommunismus, er ist entschiedener Feind aller Rechte der gesamten Arbeiterklasse. Es gibt keinerlei gemeinsame Interessen zwischen Proletariat und Islam. Mullahs und Arbeiter stehen auf verschiedenen Seiten der Barrikade. Allein das iranische Proletariat unter einer revolutionären Führung vermag die Massen von Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien.

Der US-Imperialismus reagiert auf die Lage in Iran, die sich für ihn als eine Rechnung mit vielen Unbekannten darstellt, hilflos. 25 Jahre lang hat er den Schah, dem er 1953 mit Hilfe des CIA zur Macht verhalf, voll unterstützt. Jetzt scheint die Carter-Regierung bereit, Reza Pahlevi fallen zu lassen. In jedem Fall aber werden die Vereinigten Staaten alles in ihrer Macht stehende tun, sich den Iran als wichtigstes antikommunistisches Bollwerk dieser Region gegen die Sowjetunion zu erhalten. Trotz Warnungen der UdSSR gegen die Kanonenbootdiplomatie des US-Imperialismus kann eine militärische Einmischung der USA nicht ausgeschlossen werden.

Die linken Mullah-Apologeten: Die Volksfront mit dem Koran marschiert

Revolutionäre müssen entschieden solche Versuche seitens der USA oder anderer imperialistischer Staaten bekämpfen

Gleichzeitig haben sie jedoch die Pflicht, den Einfluß der schiitischen Geistlichkeit auf die iranischen Massen zu zerschlagen. Denn trotz einiger zaghafter Versuche, den Kampf gegen die blutige Tyrannei des Schahinschah unabhängig vom reaktionären moslemischen Klerus zu organisieren, folgt das iranische Proletariat, in Abwesenheit einer revolutionären Führung, angesichts der völligen Diskreditierung der stalinistischen Tudeh- Partei, dem Ruf Chomeinis. Der greise Ajatollah ist der unbestrittene Führer der Oppositionsbewegung in Iran.

Auch die gesamte iranische Linke und ihre Anhänger im Ausland treten in die Fußstapfen Chomeinis. Von den Stalinisten bis zu den Verfechtern einer Guerillastrategie sind sie sich alle einig, daß die Kämpfe der Arbeiter den reaktionären Zielen der Geistlichkeit untergeordnet werden müssen. Die iranische Linke ist bereit, *jedwede* Opposition gegen den Schah zu unterstützen, egal aus welcher Ecke sie kommt und gleichgültig, was ihre Motive und ihr Programm sind. Für sie ist die Volksfront mit dem Koran durch das Dogma der „antiimperialistischen Einheitsfront" gerechtfertigt, d. h. die Unterordnung unter „progressive" bürgerliche Politiker, linksbonapartistische Militärs, oder, wie in diesem Fall, unter die reaktionär-populistischen Demagogen des Islam.

Die internationale Spartacist Tendenz (iST) hat als einzige Organisation der Linken immer wieder vor dieser falschen Einheit gewarnt, die eine tödliche Bedrohung für das iranische Proletariat bedeutet. Seit Monaten interveniert die iST nachdrücklich auf Veranstaltungen iranischer Exilierter, in Europa wie in den Vereinigten Staaten, um klarzumachen, daß die Mullahs *nicht im geringsten* eine progressive Alternative zur Pahlevi-Diktatur darstellen. Revolutionäre haben die Pflicht, „die Geistlichkeit und sonstige reaktionäre und mittelalterliche Elemente zu bekämpfen,... den Panislamismus und ähnliche Strömungen zu bekämpfen, die die Befreiungsbewegung gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit einer Stärkung der Positionen der Khane, der Gutsbesitzer, der Mullahs usw. verknüpfen wollen", wie Lenin im „Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage" schrieb.

Unsere Parolen „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Für eine proletarische Revolution in Iran!" haben uns die Feindschaft aller Schattierungen der westlichen und iranischen Linken im Exil eingebracht. So wurden in den USA Veranstaltungen der Spartacist League (SL) und der Spartacus Youth League (SYL) zur Zielscheibe wütender

Fortgesetzt auf Seite 10

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt 70

Anschrift: Postfach 1 61 47
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

Arbeiter kämpfen für die 35-Stunden-Woche

Ausverkauf im Stahlstreik

Sechs Wochen lang kämpften westdeutsche Stahlarbeiter um ihre Arbeitsplätze, für die 35-Stunden-Woche und für eine Erhöhung der Tariflöhne um 5 Prozent. Sie wurden nach hartem Streik von der IG-Metall-Bürokratie mit einem faulen Kompromiß abgespeist: 4 Prozent mehr Lohn über eine Laufzeit von 15 Monaten, zwei Tagemehr Urlaub in diesem Jahr, einen dritten Tag 1980 und ab 1982 sechs Wochen Urlaub für alle. Arbeiter über 50 erhalten zwei Freischichten in diesem Jahr, eine dritte ab 1981, Nacht Schichtarbeit er ganze vier bezahlte Freischichten und ab 1981 zwei weitere.

Durch die Erringung der 35-Stunden-Woche wollten die streikenden Stahlarbeiter ihre Arbeitsplätze erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, nahmen sie zum Teil erhebliche Lohneinbußen hin und standen trotz bitterer Kälte und Schnee auf Streikposten. Tausende von Arbeitern demonstrierten ihre Solidarität mit den streikenden Stahlkollegen. Die militante Entschlossenheit, mit der die Stahlarbeiter in den Streik gingen, wurde bereits durch das hohe Streikvotum von 87 Prozent angezeigt. Daß der Abschluß von 40,94 Prozent der stimmberechtigten Arbeiter abgelehnt wurde und eine einfache Mehrheit für den Abschluß nicht zu finden war (nur 49,5 Prozent der Stimmberechtigten stimmten mit „Ja") ist ein Maßstab für die Auflehnung gegen den Ausverkauf der Gewerkschaftsbürokratie. Noch während der Tagung der Großen Tarifkommission brachten mehrere hundert Stahlarbeiter ihren lautstarken Protest gegen dieses schäbige Verhandlungsergebnis vor.

Da für die Annahme dieses verräterischen Kompromisses nur 25 Prozent Ja-Stimmen erforderlich waren, war der Ausverkauf von vornherein abgesichert. Der treffende Kommentar des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl, Weisweiler, zu dem Einigungsergebnis: Die 40-Stunden-Woche konnte erhalten bleiben. Der Logik des Kapitals und der Gewerkschaftsbürokratie zufolge ist sie jetzt sogar bis 1984 festgeschrieben. Der klassenbewußt-bürgerliche britische *Economist* schrieb: „Der zweite wichtige westdeutsche Streik (nach dem Druckerstreik, d. Red.) ist kürzlich, wie der erste, mit einer Niederlage für die betreffende Gewerkschaft zu Ende gegangen" (*Economist*, 13.-19. Januar).

Tatsächlich hat die IG-Metall-Spitze von Anfang an keine Anstalten gemacht, für die 35-Stunden-Woche zu kämpfen. Nicht aus Zufall hat die Bürokratie immer von dem „Einstieg" in die 35-Stunden-Woche geredet. Die Bonzen wollten, daß die Kampfbereitschaft der Arbeiter verbraucht wird - daß ‚¿Dampf" abgelassen wird. Gleichzeitig wollte die Bürokratie ihrer Basis „Militanz" vorspielen.

Die Linke „steigt ein"

Wachsende Arbeitslosigkeit, besonders durch Rationalisierungsmaßnahmen im Stahlbereich, haben der Forderung nach der 35-Stunden-Woche breite Popularität verliehen. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1977 wurde gegen den Willen des Gewerkschaftsvorstands diese Forderung als Kampfziel aufgestellt. Die Bürokratie war flexibel genug, sie aufzunehmen und ihr bewußt die Spitze abzubrechen - durch das Gerede vom Einstieg". Die 35-Stunden-Woche ist eine starke gewerkschaftliche Forderung, ihre Durchsetzung hätte einen gewaltigen Gewinn für die Arbeiterklasse bedeutet. Aber allein ist sie keine revolutionäre Übergangslosung, auch nicht, wenn man ihr gelegentlich den Zusatz anhängt: „mit der Verpflichtung zu Neueinstellungen", wie die zentristische Gruppe Internationale Marxisten (GIM) es tut. Revolutionäre dagegen erheben die Forderung der Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich, um die Arbeitslosigkeit zu eliminieren. Aber wir verhehlen nicht, daß diese Forderung nur im *antikapitalistischen* Kampf durchzusetzen ist.

Die vorgeblich revolutionären Organisationen, die auf eine automatisch systemsprengende Dynamik der Losung der 35-Stunden-Woche setzen, gehen dabei dem scheinradikalen Gebaren der Bürokratie auf den Leim. Loderers Einschätzung der neuen Linie in der Tarifpolitik war weit nüchterner: „Wenn die wöchentliche Arbeitszeit um 5 Stunden reduziert wird, dann würde der Beschäftigtenabbau bis Mitte



der 80er Jahre nicht gestoppt, aber auch nicht beschleunigt. Das ist die tarifpolitische Linie der IG Metall“ (*metall* Nr. 24, 24. November 1978).

Opportunisten, wie kürzlich Ernest Mandel auf seiner Deutschland-Tournee, rufen die Bürokratie auf, für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen. Dabei legen sie die Arbeiter und sich selbst aufs Kreuz, aber nicht die Bürokratie. Kern von Mandels Phantasiewelt war ein europäischer Generalstreik für die 35-Stunden-Woche - unter der gegenwärtigen Gewerkschaftsführung. Revolutionäre, die die gewerkschaftlich organisierten Massen europaweit im Kampf für eine radikale Kürzung der Arbeitszeit führen könnten, hätten auch die Kraft, eine europäische Räteherrschaft durch den Sturz des Kapitalismus zu errichten. Die Gewerkschaftsbürokratie dagegen will alles andere, als den Kapitalismus durch einen internationalen Streik infragestellen. Mandel will der Bürokratie nur Tips geben, wie sie sich „besser“ verhält, seine „Agitation“ ist weder Fisch noch Fleisch, sie läuft nur darauf hinaus, der Gewerkschaftsbürokratie hinterherzutraben – genau wie er es auch 1960/61 im belgischen Generalstreik getan hat.

Die pro-kapitalistische, sozialdemokratische deutsche Gewerkschaftsbürokratie hat nicht die geringste Absicht, gegen die Interessen des Kapitals zu kämpfen. Die Loderers, Janßens und Steinkühlers stellen sich ebenso auf den Boden der „sozialen Marktwirtschaft“ wie Helmut Schmidt sich auf die Grundlage des kapitalistischen Staates stellt. So können nur heillose Opportunisten oder völlige Schwachköpfe die Niederlage im Stahlstreik wie folgt kommentieren:

> „Der gesamte Vorstand der IG Metall hätte für die Dauer des Arbeitskampfs seine Zelte im Ruhrgebiet aufschlagen müssen, um täglich mit den Streikenden und Ausgesperrten in Verbindung zu sein, sich in ihrer Mitte zu bewegen, Diskussionsversammlungen einzuberufen, um ständig den Finger am Puls des Geschehens zu halten“ (Anna Armand: „Mit 9 Fehlern in die Niederlage“, *was tun* Nr. 2“, 11. Januar).

Revolutionäre und klassenbewußte Militante wünschen diese Ausverkaufkünstler soweit von den Arbeit erkämpfen weg wie möglich - und ihrer bürokratischen Posten entkleidet! Wir wünschen nicht Loderers Finger am Puls der Arbeiter - das heißt, seine Hände an der Gurgel der Streikenden vielmehr rufen wir dazu auf, diese „Agenten des Kapitals in den Reihen der Arbeiter“ hinauszuwerfen und sie durch eine klassenkämpferische, antikapitalistische Gewerkschafts-



Herb und Steinkühler



Loderer

führung zu ersetzen. Wir fordern *demokratisch gewählte Sreikkomitees,* die die Kämpfe der Arbeiter anführen.

Streiktaktik in die Niederlage

Ohne revolutionäre Führung wird die Gewerkschaft jedoch weiterhin an eine Politik der Klassenkollaboration gebunden sein. Der gesamte Streikablauf in diesem Arbeitskampf war ein eklatantes Beispiel dafür.

Zu Beginn schickte die IG-Metall-Spitze nur 37 000 Stahlarbeiter in den Kampf. Die Stahlunternehmer konnten mit massiven Aussperrungen in die Offensive gehen. Stahlriesen wie Klöckner Bremen, Krupp-Hüttenwerke Bochum oder Thyssen-Edelstahlwerke Krefeld wurden vor dem 3. Januar dieses Jahres nicht mobilisiert. Die eingesetzten betrieblichen Streikkomitees hatten vor Beginn des Arbeitskampfes so umfangreiche Notbelegschaften mit den Unternehmensführungen ausgehandelt, daß teilweise 15 -20 Prozent der Belegschaften weiter arbeiteten. Der gesamte Stahltransport wurde nicht von dem Streik betroffen, und die Autokonzerne konnten einfach von ihren umfangreichen Lagerbeständen weiter zehren. Zudem führt die bürokratische Aufteilung in Tarifbezirke ohnehin zu Streikbruch in den eigenen Reihen; Peine Salzgitter (Haustarif!), das Saargebiet usw. produzierten ungehindert weiter: das heißt, von den mehreren hunderttausend Stahlarbeitern stand anfangs nur ein Bruchteil im Streik. Eine revolutionäre Gewerkschaftsführung hätte nicht nur den Vollstreik geführt und die strikteste Kontrolle der Notbelegschaften durchgesetzt, sondern zugleich für die Erweiterung des Streiks gekämpft - um *die gesamte IG Metall*, größte Industriegewerkschaft der westlichen Welt, in den Kampf zu führen; um alle Zuliefer- und Transportbetriebe dichtzumachen und mit Solidaritätsstreiks der Hafenarbeiter und der Seeleute die Stahlimporte zu stoppen. Für die Bürokraten dagegen galt es sogar als selbstverständlich, daß auch die Auszubildenden vom Kampf ausgeschlossen wurden und daß andere auf dem Werksgelände angesiedelte Betriebe weiterarbeiteten.

Aussperrungen und angedrohte Aussperrungen, die ja nur aufgrund der Zersplitterungstaktik der Bürokratie möglich waren, hätten mit *Abwehrstreiks* und *Betriebsbesetzungen* beantwortet werden sollen. Aber die Tatsache, daß der Streik überhaupt beschlossen und mit der, wenn auch teilweise passiven, Unterstützung der zum Teil fast hundertprozentig gewerkschaftlich organisierten Belegschaft geführt wurde, war nicht das Verdienst der gewerkschaftlichen Führung. Sie ließ sich schon nach einer Woche Streik auf

Schlichtungsverhandlungen ein und jonglierte seitdem mit Konzessionen über Freischichten und Urlaubsverlängerungen. Die 35-Stunden-Woche war bei Beginn der Schlichtungsverhandlungen schon vom Tisch. Die Ideologie von der Nützlichkeit eines „neutralen“ staatlichen Schlichtungswesens versuchte die IG-Metall-Bürokratie durch historische Beispiele zu untermauern: „Die Ablehnung des staatlichen Schlichtungsspruchs vom 31. Oktober 1928 war ein Schritt der Stahlbarone gegen die Möglichkeiten jeglicher staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben“ (*metall* Nr. 24). Als ob der bürgerliche Staat auf der Seite der Arbeiter stehen könne!

Doch die Stahlarbeiter ließen sich nicht so leicht einlullen. Schon nach dem ersten Schlichtungsvorschlag des nordrhein- westfälischen SPD-Arbeitsministers Farthmann ließen sie klar vernehmen, daß sie immer noch für die 35-Stunden- Woche vor den Toren stünden oder wenigstens für einen spürbaren „Einstieg“. Als der zweite Kompromißvorschlag von der Großen Tarifkommission gebilligt wurde, stürmten Stahlarbeiter das Podium in der Stadthalle Mülheim und beschimpften den IG-Metall-Vorsitzenden Loderer und den Tarifexperten Janßen. Über 400 Arbeiter blockierten den Tagungssaal und verlangten ihre Teilnahme an den Beratungen. Auch der letzte Kompromiß stieß auf erbitterte Demonstrationsproteste und wurde von mehreren der militantesten Betriebe mit großer Mehrheit abgelehnt.

Steinkühler und Knapp: Bürokraten im Kommen

Vor Hoesch, Thyssen und Mannesmann konnte man hören, daß Loderer und der Essener Bezirksleiter, Kurt Herb, Verhandlungsführer für die IG Metall, kein Rückgrat mehr hätten. Zum Teil rief die Impotenz der offiziellen Streikführung bei den Stahlkochern Illusionen in den Stuttgarter IG- Metall-Bezirksleiter Steinkühler hervor. Steinkühler ist fürwahr ein Mann der radikalen *Phrase.* Man könne sogar trotz der Friedenspflicht Solidaritätsstreiks mit den Stahlarbeitern durchführen, hatte er erklärt. Doch dem folgten natürlich keine Taten. Im Gegenteil, die nur wenig später aufgestellten Forderungen für die Arbeiter der metallverarbeitenden Industrie enthielten in keinem Tarifbezirk die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. In keinem der Tarifbezirke wurde der Kampf der Metaller mit dem ihrer streikenden Stahlkollegen verbunden, auch nicht in dem Steinkühlers. Außerdem war sein Bezirk einer der ersten, die das hessische Metall-Ergebnis (Festschreibung der 40-Stunden-Woche bis 1983) übernahmen.

Viele Arbeiter, die die zentrale Gewerkschaftsbürokratie mit Hohn überhäuften, wollten nur noch ihrer betrieblichen Streikführung vertrauen. Vor allem bei Mannesmann-Huckingen, einem besonders gut organisierten und kampfstarken Betrieb, gab es ein stark betrieblich ausgerichtetes Bewußtsein. Vorgeblich revolutionäre Organisationen versuchten jedoch nicht, an dieser ökonomischen Militanz ansetzend das Bewußtsein der Arbeiter zu heben, sondern hängten sich hinten an. Auch hier glänzte die GIM, die unkommentiert eine Rede des Betriebsratsvorsitzenden von Mannesmann- Huckingen, Herbert Knapp, in ihrer *was tun* Nr. 243 abdruckte. Diese Rede enthält nichts, was über militantere ökonomische Forderungen hinausgeht, keine programmatische Perspektive für die Stahlarbeiter, geschweige denn für die Arbeiterklasse insgesamt.

Für eine revolutionäre Klassenführung!

Aber „militantere“ Bürokraten sind nicht die Lösung der Krise der proletarischen Führung. Was die Arbeiter brauchen, ist ein Programm, eine Perspektive für ihren Kampf. Eine zentrale Losung muß die *gleitende Skala der Löhne und Arbeitszeit* sein: Das heißt, die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände (ob das nun die 35-, 30- oder gar die 25-Stunden-Woche heißt) und die volle Angleichung der Löhne an die Inflation. Aber diese Losung widerstrebt eben der Profitlogik des niedergehenden Kapitalismus, und Kommunisten müssen klarmachen, daß nur die Enteignung der Schlüsselindustrie und der Banken und die Errichtung einer Arbeiterregierung auf der Grundlage der Arbeiterräte eine solche Errungenschaft sichern kann. Die Gewerkschaftsspitze wird nie mit der Logik des Kapitals brechen; sie muß gestürzt und durch eine revolutionäre klassenkämpferische Gewerkschaftsführung ersetzt werden, die für die historischen Interessen der Arbeiter kämpft. ■

Sofortige Einstellung der Prozesse gegen den KB!

Frankfurt, den 4. Januar 1979

An den
Kommunistischen Bund
Redaktion *Arbeiterkampf* und
Verlag J. Reents

Die TLD protestiert gegen die wiederholten, gegen den KB durchgeführten Zensurprozesse nach § 90 („Staatsverleumdung“).

Die Anklagen gegen den Presseverantwortlichen des *Arbeit erkämpf es,* Kai Ehlers, wegen des Stammheim-Artikels „Schluß mit den Selbstmorden',„ (*Arbeiterkampf* Nr. 117) sowie gegen J. Reents wegen der Herausgabe des in der *Russell-Reihe* erschienenen Buchs Nr. 5 „Nach Schleyer - Sonderkommandos in der BRD - zügiger Ausbau einer neuen GeStaPo“ müssen sofort eingestellt werden. Es darf zu keiner erneuten Zensur Verurteilung des KB mehr kommen, wie die jüngste Verurteilung zu 2 700 DM Geldstrafe wegen der angeblichen Beleidigung des CSU-Politikers Strauß im *Arbeit erkämpf* Nr. 126.

Die Angriffe der Bourgeoisie auf den KB richten sich letztlich gegen die Presse der gesamten Linken und Arbeiterbewegung. Deswegen ist deren Solidarität gegen die Anklagen dringend geboten. Nur die Mobilisierung der organisierten Arbeiterbewegung wird die Zensurparagraphen zu Fall bringen können.

Die TLD hat einen Solidaritätsbeitrag als Unterstützung der ja jetzt schon für den KB anfallenden Prozeßkosten auf das Konto der Arbeiterhilfe e. V., BFG-Hamburg, Konto-Nr. 12443653 überwiesen. Wir fordern auch die Leser der *Kommunistischen Korrespondenz* zur Spende auf. Wir bitten Euch, uns über den Prozeßverlauf informiert zu halten.

– Sofortige Einstellung der Zensurprozesse gegen den KB!
– Weg mit allen Einschränkungen des bürgerlich-demokratischen Rechts auf Pressefreiheit!

Mit leninistischen Grüßen
i. A. des ZK der TLD
S. Lenz

Russell-Tribunal: Zensur gegen TLD

Im Januar fand die zweite Sitzungsperiode des Russell-Tribunals in Köln-Mühlheim statt, mit wesentlich weniger Publizität als die erste Sitzung im März 1978 in Frankfurt-Harheim. Die Unterstützerbewegung in ihrer damaligen Stärke existiert nicht mehr. Die langatmigen Untersuchungen werden immer mehr zur Farce, wenn das Publikum des Tribunals auf den Kreis der selbst von Berufsverboten betroffenen oder bedrohten Linken zusammenschrumpft. Die illustre Schar „demokratischer Persönlichkeiten", um die man soviel Aufhebens gemacht hatte, haben ihre Rolle eingebüßt, dem Tun und Treiben des Tribunals wenigstens die Spalten der *Frankfurter Rundschau* zu öffnen, die sich über die Kölner Sitzungen nur widerwillige Kurzberichte abrang.

Das politische Milieu, auf welches das Russell-Tribunal ausgerichtet ist, ist von seiner ganzen Natur dazu prädestiniert, irgendwelche Äußerungen von Klose und Konsorten für relevanter zu halten, als Urteilssprüche einer Jury, die sich ohnehin nur graduell von dem „Demokratieverständnis" des Hamburger Bürgermeisters unterscheidet. Das neue Jurymitglied z. B., der ehemalige schwedische Justizminister Lennart Geijer, mag ja der Meinung sein, daß *er* die „Rechtsordnung" eines bürgerlichen Staates auf elegantere Weise verteidigt hat als seine deutschen Parteifreunde; aber freudig wird er begrüßen, daß diese zur Zeit wacker bemüht sind, wieder auf den rechten sozialdemokratischen Weg zurückzufinden.

Aus all dem zu schließen, daß die Linke die Impotenz dieses Sandkastenspiels (siehe auch unsere Analyse der Rüssel-Initiative in *KK* Nr. 19, Juli 1977) erkannt hat, ist falsch. Im Gegenteil, inzwischen sind die vorgeblich revolutionären Organisationen, vom KB bis hin zur GIM, wie auch das linkssozialdemokratische SB, völlig unter den Fittichen des Tribunals verschwunden.

So waren auch beim Tribunal in Köln keine Büchertische politischer Organisationen zu finden. Als die TLD ihre Literatur im Foyer der Stadthalle aufbaute, dauerte es nur wenige Minuten, bis Ordner des Russell-Tribunals, zumeist SB-Mitglieder, herbeieilten und unter Berufung auf einen Beschluß des Unterstützerkreises, der das Aufstellen von Büchertischen linker Organisationen verbietet, unsere Propaganda verbieten wollten. Man hätte beschlossen, nur die Stände von Buchläden zuzulassen. Es bliebe den politischen Organisationen unbenommen, sich mit den Buchläden über die ausgelegte Literatur zu einigen. Der Büchertisch der TLD hätte sofort zu verschwinden. Im Laufe der folgenden Diskussion begründeten die Ordner - im Namen des Russell-Tribunals - das Büchertischverbot lediglich mit Platzmangel.

Unsere Genossen protestierten sehr energisch gegen diesen Akt politischer Zensur. Wenn andere Organisationen begierig sind, sich unter der Käseglocke der Russell- Unterstützerbewegung in einem faulen Propagandablock zu tummeln, so kämpfen wir für die Arbeiterdemokratie – was für uns die Möglichkeit bedeutet, Propaganda für den revolutionären Marxismus machen zu können. Diese elementaren Grundsätze stießen bei den Russell-Ordnern genauso auf Unverständnis wie die Tatsache, daß die TLD keine Anbiederung an die kleinbürgerliche Demokratie sucht, sondern die proletarische Aktionseinheit als Forderung gegen den Klassenterror der Bourgeoisie aufstellt.

Die Situation spitzte sich dann so zu, daß einige Ordner unseren Literaturtisch anfaßten und uns unmißverständlich klarmachten, man würde dafür sorgen, daß wir nun endlich verschwänden. Wir hatten wenig Interesse daran, uns unsere Publikationen zerreißen zu lassen und bauten deshalb den Büchertisch unter Protest im Freien auf, unmittelbar vor dem Eingang der Stadthalle.

Angesichts des eisigen Wetters reagierten vorbeigehende Tribunal-Besucher empört auf unseren Rausschmiß, zumal in der Stadthalle reichlich Platz war. Vielen wurde klar, daß unser Platz im Schnee unmittelbar mit unserer politischen Einstellung zum Russell-Tribunal zusammenhing. Nur durch den Protest einer ganzen Reihe von empörten Teilnehmern ist erklärbar, daß uns wenig später einige Ordner einen Platz in der Halle geben wollten, vorausgesetzt, wir würden 10 Prozent unserer Einnahmen an das Russell-Tribunal abführen. Wir erläuterten erneut, wir seien keine Unterstützer dieses impotenten Tribunals, seien jedoch bereit, eine Standmiete zu zahlen. Darüber gab es Meinungsverschiedenheiten unter den Ordnern; eine Mehrheit fürchtete Vorwürfe der politischen Organisationen, die sich so „diszipliniert" an das Büchertischverbot gehalten und auf die offene Propagierung ihrer Politik verzichtet hatten.

Keiner der Ordner war bereit, das klar auszudrücken, was das Russell-Sekretariat bereits im offiziellen Rundbrief Nr. 10 vor der ersten Sitzungsperiode bekanntgegeben hatte, daß es sich nämlich hier keineswegs um eine Platzfrage handelte, sondern um das Merkmal dieser kleinbürgerlichen Bewegung: sie verwischt die Klassenlinie und lenkt ab von der Aufgabe, die Arbeiterklasse zu mobilisieren:

> „Das Russell-Tribunal ist nicht zu vergleichen mit einer studentischen Vollversammlung oder Großveranstaltungen von Parteien und Organisationen. ... Die offiziellen Tribunalsmaterialien werden im Bürgerhaus bzw. im Zelt auf einem vom Sekretariat aufgestellten Stand erhältlich sein. Weitere Büchertische sind nicht zugelassen - nicht allein aufgrund mangelnden Platzes, sondern auch aus erwähnten prinzipiellen Erwägungen: sich gegenseitig überschreiende Zeitungsverkäufer passen nicht ins Bild eines Russell-Tribunals" *(Offizieller Rundbrief* Nr. 10, zitiert aus: *ID* Nr. 222, 25. März 1978).

Allein die TLD hat von Anfang an gegen die Illusionen in das Russell-Tribunal gekämpft und die Unterstützerbewegung als Propagandasumpf gebrandmarkt. Für die Mobilisierung des Proletariats zur Verteidigung demokratischer Rechte! Nur die Arbeiterklasse kann den bürgerlichen Klassenterror zerschlagen! ■

Bahro-Kongreß: Tummelplatz für Antikommunisten

Vom 16. bis zum 19. November fand in Westberlin ein „Internationaler Kongreß für und über Rudolf Bahro“ statt mit dem Untertitel: „Umbruch in Osteuropa - Die Sozialistische Alternative“.

Die Trotzkistische Liga Deutschlands tritt für die Freilassung Rudolf Bahros ein (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 21, April 1978 und Nr. 23, Oktober 1978). Bahro ist als reformistischer Oppositioneller Opfer der stalinistischen Willkür der DDR-Bürokratie geworden. Aber der Fall Bahro ist zum Ausgangspunkt einer sozialdemokratischen Hetzkampagne gegen „das andere Deutschland“ geworden, der sich die gesamte „Neue Linke“ angeschlossen hat.

Wir wollen nicht den vielen Reportagen und Artikeln über den Ablauf des Kongresses unsere Kritik an dem Schwall von Konfusion entgegensetzen, der sich über Podiumsdiskussionen und Arbeitsgruppen ergoß. Denn das zentrale Ergebnis dieses Massentreffens der altgewordenen Neuen Linken waren nicht konfuse Diskussionen über Selbstverwirklichung, asiatische Produktionsweise, Kulturrevolution und dergleichen mehr, sondern war gerade der gemeinsame Nenner, der sich deutlich aus all dem herausschälte: der Antikommunismus im Gewande von Demokratie und Menschenrechten.

Träger dieses Kongresses waren neben so prominenten „Linken“ wie Dutschke, Biermann, Heinz Brandt (ehemaliger Gewerkschaftsbürokrat) einige Exildissidenten (Hejzlar von der Charta 77) und Regierungssozialdemokraten (von Oertzen, Matthiesen). Außerdem der Präsident der Technischen Universität (TU) Berger (der erst vor kurzem Veranstaltungen der CISNU in TU-Räumen verboten hat, weil dort so „ungesetzliche Parolen“ wie „Nieder mit dem Schah" fallen könnten) und - der belgische Ökonom Ernest Mandel, bekannt als führendes Mitglied des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“(VS).

Schon aufgrund dieser Trägerliste konnte man eine Einschätzung des Kongresses bekommen, die dann auch vollauf bestätigt wurde: es handelte sich nicht um eine Aktionseinheit für die Freilassung Bahros, sondern um gemeinsame antikommunistische Propaganda. Im Namen der „Einheit der Linken in Ost und West“, im Namen von „Sozialismus und Demokratie" bemühte man sich eifrigst, die „klassenlose“, das heißt bürgerliche Demokratie gegenüber dem Stalinismus aufzuwerten.

Der Kongreß stellte ein Forum für Sozialdemokraten und Eurokommunisten dar, wobei erstere eindeutig dominierten - konsequenterweise waren TLD-Beobachter schon im Vorbereitungsstadium aus dem „Bahro-Komitee“ ausgeschlossen worden, weil wir das verstaatlichte Eigentum der DDR verteidigen. Bereits das Einführungsreferat, von einem Sprecher der Charta 77 gehalten, machte klar, warum gerade Bahro als Objekt der „Solidarität“ auserwählt worden war; man sympathisierte nämlich mit einem mehr oder weniger großen Teil seiner politischen Analysen und Schlußfolgerungen, besonders mit der positiven Einschätzung des Eurokommunismus und den idealistischen Vorstellungen über eine „Kulturrevolution“ und die Rolle der Intelligenz (zu unserer Einschätzung von Bahros „Alternative“ siehe „Bahro – keine Alternative“, *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 21, April 1978).

Kontaktadressen der TLD

Postfach 1 67 47/6000 Frankfurt/Main 1
Postfach 11 06 47,1000 Berlin 11

Reformisten am Werk

Die ersten „praktischen“ Ergebnisse der Diskussionen waren dann Appelle an die SPD, sich doch stärker für Bahro einzusetzen, aber auch die Situation in Westdeutschland nicht ganz zu vergessen. Das wurde wohlwollend aufgenommen. Willy Brandt hatte schon ein Grußtelegramm geschickt (als Vorschußlorbeer sozusagen), und auf der ersten Podiumsdiskussion beeilte sich Peter von Oertzen (Landesvorsitzender der SPD in Niedersachsen sowie ehemaliger Verfassungsschutzbeauftragter seiner Partei) zu versichern, der Stalinismus sei gefährlicher als die Sozialdemokratie.

In lobenden Worten wurde ausgeführt, daß die Eurokommunisten „unabhängiger“ vom „Moskauer Zentrum“ werden, alte Begriffe über Bord werfen (wie die „Diktatur des Proletariats“), sich für „Demokratie“ erklären. Tenor: ganz sind wir mit euch noch nicht einverstanden, aber macht mal so weiter. Angelo Bolaffi, offizieller Vertreter der italienischen KP, bekräftigte nochmal, es gehe nicht darum, der bürgerlichen die proletarische Demokratie entgegenzustellen, es gehe schlicht um „politische Demokratie“ (erste Podiumsdiskussion). Heinz Brandt stellte dann die entscheidende Frage, ob sich mit den Eurokommunisten „ein Humanist zeigen kann?“ (Einführungsveranstaltung).

Ansonsten profilierte sich dieser von vielen „Linken“ hochgejubelte Gewerkschaftsbürokrat wieder mal als Hetzer gegen die „Terroristen“. Ausgehend von den „moralischen Grundwert e(n) des Gattungswesens Mensch“ folgerte er, „daß der Weg des Mordes, der Ermordung von Moro,... Schleyer, ... Ponto ... der Weg der Destruktivität ist, (es) kann (damit) keine Solidarität geben!“ Als Reaktion auf einen Beitrag, in dem die Freilassung der Besetzer des Frankfurter dpa-Gebäudes sowie zweier mutmaßlicher Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ gefordert wurde, nahm Heinz Brandt den hetzerischen Ruf eines SPD-Mitglieds aus dem Publikum auf: „Keine Solidarität mit Mördern!“ (Einführungsveranstaltung). Eurokommunist Bolaffi erwies sich dieser Gesellschaft würdig. Einem TLD-Genossen, der ihn auf die enge Zusammenarbeit zwischen KPI und italienischer Polizei im Kampf gegen die „Roten Brigaden“ ansprach, antwortete er: „Ja, wir haben mit den Carabinieri zusammengearbeitet. Die Roten Brigaden sind kein Teil der Arbeiterbewegung!“ Wahrhaftig, „Humanisten“ und Eurokommunisten können sich miteinander sehen lassen.

So scharf Revolutionäre die Strategie des individuellen Terrors politisch bekämpfen, so entschieden verteidigen wir die RAF und ähnliche Organisationen - soweit deren Aktionen nicht wahllosen Terror, sondern Haß gegen die herrschende Klasse ausdrücken – gegen die Rache des bürgerlichen Staates und die Hetze seiner Handlanger. Ein Genosse der TLD führte in seinem Redebeitrag aus, daß die SPD die

Verantwortung für den Tod einer ganzen Generation von anarchistisch-blanquistischen Bestandteilen der Arbeiterbewegung trägt, die in den Gefängnissen umgekommen ist (zweite Podiumsdiskussion am 17. November).

Was hatte der Pseudotrotzkist Mandel dazu zu sagen? Nichts, absolut nichts, obwohl seine Anhänger durchaus eine Meinung haben. Zur Zeit der schlimmsten Hexenjagd drückte die GIM (Gruppe Internationale Marxisten, deutsche Sektion des VS) ihr Zurückweichen vor dem verschärften Druck seitens der Bourgeoisie folgendermaßen aus: „Der individuelle Terror nützt nur der Rechten“ (*was tun* Nr. 175, 15. September 1977).

Ebensogut wie die „Terroristen“hetze gedieh auf dem Nährboden des Bahro-Kongresses offener Antikommunismus. Da erklärte Boris Weil (sowjetischer Dissident), die Oktoberrevolution habe einen „totalitären Staatsapparat“ hervorgebracht (erste Podiumsdiskussion), Rudi Dutschke wollte gegen die „russischen Eroberer“ kämpfen, Heinz Brandt schwätzte davon, daß bisher alle Revolutionen



Mandel und SPD-Bonze von Oertzen auf dem Bahro-Kongreß

schiefgegangen seien und zog die Konsequenz: „Weg von den Rezepten des letzten Gefechts, des letzten Gefechts aus dem vorigen Jahrhundert“ (zweite Podiumsdiskussion). Es ist nicht schwer zu erraten, auf welcher Seite der Barrikade diese „Sozialisten und Demokraten“ beim letzten Gefecht (und auch schon vorher) stehen werden; auf der gleichen Seite wie von Oertzen, der scharfsinnig eine „Sperre“ der Neuen Linken gegen die Wirklichkeit der „real existierenden Demokratie“ feststellte (erste Podiumsdiskussion). Das ist nun wirklich ein unberechtigter Vorwurf. Schließlich war er als Vertreter dieser Wirklichkeit (des „Modells Deutschland“) ja auf dem Kongreß anwesend!

Gesichter der Klassenkollaboration

Entgegen all dem Geschwätz der Moralisten, Humanisten und Antikommunisten aller Couleur gibt es keinen qualitativen Unterschied zwischen Sozialdemokratie, Sta linismus und Eurokommunismus.

Die Entscheidung der Parteien der Zweiten Internationale 1914, Seite an Seite mit ihrer jeweils „eigenen“ Bourgeoisie in den Krieg zu ziehen, hatte die gleiche Bedeutung wie die Tatsache, daß die Komintern Hitler kampflos an die Macht kommen ließ; beide hatten damit endgültig bewiesen, daß sie zu Verrätern an der proletarischen Revolution geworden waren. Der Eurokommunismus wiederum ist nur die logische Konsequenz aus der stalinistischen Degeneration der Komintern, denn aus der „Theorie“ des „Sozialismus in einem der Volksfrontpolitik ergaben sich die „nationalen Wege zum Sozialismus“ und die nationale Kapitulation vor der eigenen Bourgeoisie, das heißt die „Sozialdemokratisierung“ der stalinistischen Parteien.

Wo ist der Unterschied zwischen der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD, die als größte Regierungspartei des westdeutschen Kapitals eifrig bemüht ist zu beweisen, daß *sie* am besten in der Lage ist, die Arbeiterklasse in Zaum zu halten und den bürgerlichen Staat gegen alle Feinde der FdGO aufzurüsten, und der italienischen KP, die ihrer Kollaboration mit der Bourgeoisie noch einen neuen Namen verliehen hat, den „Historischen Kompromiß“? Wo ist weiter der Unterschied zwischen der moskautreuen chilenischen KP, die zusammen mit der SP im Namen des „Sozialismus“ das Proletariat unbewaffnet an Pinochet auslieferte, und den spanischen Eurokommunisten, die die Monarchie anerkennen und den Pakt von Moncloa mitunterzeichnet haben (ganz zu schweigen von der Rolle der KP während des spanischen Bürgerkriegs)?

Hören wir, was Mandel dazu meint: die „zwei großen Strömungen (der) Arbeiterbewegung (haben) die internationale Arbeiterbewegung in eine absolute Sackgasse geführt...“ Und wo ist der Ausweg? Bahro „bietet uns *eine* Alternative“ (Einführungsveranstaltung). Wieviele „Alternativen“ kannst du uns denn sonst noch so anbieten? Trotzki bezeichnete diese „Sackgasse“ als die „Krise der proletarischen Führung“ (Übergangsprogramm), lösbar nur durch die Schaffung einer neuen, der Vierten Internationale. Mandel hat gar nicht erst versucht, seine Pseudointernationale (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 21, „VS: Vorwärts zur 2 1/4 Internationale“) als diese Führung darzustellen, genauer gesagt, er hat sie wie üblich nicht erwähnt. Das entspricht der politischen Methode des VS, Differenzen möglichst zu verwischen, das Programm unter den Tisch zu kehren, wo sie die Hoffnung haben, an irgendeiner neuen „Bewegung“ teilnehmen zu können. Konkret versuchen diese „Revolutionäre“ heute, sich in der Popularität zu sonnen, die der Eurokommunismus als neuestes Steckenpferd der Linken genießt; in Einklang damit wird Bahro zum „wirklichen Revolutionär“ hochstilisiert (*was tun* Nr. 176, 22. September 1977).

Zentristen im Sog

Schöpferisch, wie Mandel nun mal ist, wenn es darum geht, zentrale programmatische Positionen des Trotzkismus zu revidieren, führt er einen neuen Begriff für die deformierten Arbeiter Staaten ein, den der „Übergangsgesellschaft, die eingefroren ist“ (erste Podiumsdiskussion). Das hat nur den Zweck, den *Klassencharakter* dieser Staaten zu verschleiern

– eine bürokratisch entartete Form der Diktatur des Proletariats, die Revolutionäre gegen jeden Versuch verteidigen, den Kapitalismus zu restaurieren, bei gleichzeitigem Kampf für den Sturz der parasitären Bürokratie und für den Sieg der Rätedemokratie. Mandels Verschwommenheit, die in der Vergangenheit oft eine Kapitulation vor dem Stalinismus deckte, dient heutzutage der Nachtrabpolitik hinter Sozialdemokraten, Eurokommunisten und der bürgerlichen Demokratie.

Der Spartacusbund, als am Rande der Neuen Linken dahinvegetierende Kümmerpflanze, fühlte sich sauwohl im Kongreß-Sumpf. Obwohl diese sonst unsichtbare Organisation sich durch zwei Flugblätter als „Imker Pol" zu profilieren trachtete, war die Position des Spartacusbundes nur unwesentlich links von der der GIM. In dem Flugblatt „Vier Thesen zum ‚Prager Frühling'" propagiert er eine Politik des Drucks auf „Reform"-Stalinisten, um eine „Dynamik" in den osteuropäischen Ländern auszulösen :

> „Von daher liegt die Aufgabe der Revolutionäre darin, von innen und außen alles zu tun, um ein politisch/inhaltliches Weitergehen des Reformflügels bzw. von Teilen dieses Flügels, zu bewerkstelligen. Er kann in der Tat jener Hebel werden, der eine Umrüstung der erstarrten bürokratischen Gesellschaft in Richtung Sozialismus einleiten kann."

Der Spartacusbund hat sich dabei inzwischen so weit von seinem trotzkistischen Anspruch entfernt, daß er überhaupt die *Erwähnung* der Notwendigkeit einer revolutionären, leninistischen Partei vergißt.

Rätedemokratie und politische Revolution

In einem gesunden Arbeiterstaat, in dem Rätedemokratie herrscht, haben Organisationen und Individuen das Recht, frei ihre Meinung zu vertreten, sofern sie nicht gegen die Räteherrschaft vorgehen.

Dieses Recht wird nur durch den Sturz der Stalinistischen Bürokratie verwirklicht werden können. In unserem Kampf dafür gehen wir aber auf keinen Fall einen Block ein mit Organisationen wie der SPD, die als Sachwalter des westdeutschen Kapitalismus und NATO-Unterstützer eine soziale Konterrevolution durchführen will. Wir werden „nicht mit Oertzen gegen die Arbeiterstaaten ziehen!" (Redebeitrag eines TLD-Genossen, zweite Podiumsdiskussion). Damit stehen wir in der Tradition des Arbeiterrates von Györ, der während des Aufstandes in Ungarn 1956 klarlegte: „Es haben sich verdächtige Elemente mit faschistischer und konterrevolutionärer Tendenz unter die Aufständischen gemischt. Wir wollen nicht, daß das alte System zurückkehrt..." (Radio Györ, 28. November 1956, zitiert nach „Ungarn 56: Stalinismus oder Sozialismus").

Dagegen heißt es in der Abschlußresolution des Bahro- Kongresses: „Wir fordern die demokratische Weltöffentlichkeit, insbesondere die verschiedenen politischen, religiösen und gewerkschaftlichen Strömungen der Arbeiterbewegung ... auf, alles zu unternehmen, um den Druck zur Freilassung Rudolf Bahros auf die DDR zu verstärken."

Den „Druck verstärken", das ist selbstverständlich die Absicht der Regierungssozialdemokraten. Aber auch das „Vereinigte Sekretariat" hat diese Resolution unterschrieben!

Der Bahro-Kongreß war ein öffentliches Forum für Arbeiterverräter, eine linke Flankendeckung für Carters „Menschenrechtskampagne", die wiederum nur ideologisch die Offensive auf die deformierten/degenerierten Arbeiterstaaten vorbereiten soll.

Die Trotzkisten der internationalen Spartacist Tendenz stehen für die Schaffung dessen, was beispielsweise in Ungarn 1956, in einer politischen proletarischen Revolution gegen die Bürokratie, zum Sieg fehlte: eine Führung, die entschlossen gewesen wäre, an der Spitze des Proletariats die Macht zu ergreifen. Unter dieser Führung, der wiederzuschaffenden Vierten Internationale, wird das Proletariat sowohl der stalinistischen Bürokratie in den Arbeiterstaaten als auch der Bourgeoisie den Garaus machen. ■

Nieder mit den Urteilen gegen Semler und Horlemann !

Frankfurt, den 4. Januar 1979

An das ZK der KPD

Die Verurteilung der KPD-ZK-Mitglieder Christian Semler und Jürgen Horlemann zu je einem Jahr Gefängnis auf drei Jahre Bewährung, die auf der KPD lastende Geldstrafe von 14 400 DM „Schadenersatz" sowie Prozeßkosten in der Höhe von 20 000 bis 30 000 DM als Ergebnis des 3. Bonner Rathausprozesses sind ein besonders schwerer Schlag gegen die Linke. Eure Genossen werden heute, über fünf Jahre nach der Besetzung des Bonner Rathauses als ein Zeichen der Solidarität mit dem Kampf der vietnamesischen Arbeiter und Bauern und als eine Protestaktion gegen die Unterstützung des Thieu-Regimes durch die imperialistische Bundesregierung als Verantwortliche gerichtet, ohne daß das Gericht ihnen auch nur eine direkte Beteiligung nachweisen kann.

Das von der Bourgeoisie mühsam zusammengetragene, äußerst lückenhafte „Beweismaterial" (15 von 19 Angeklagten in den insgesamt drei Prozessen mußten freigesprochen werden) macht deutlich, daß mit diesem Prozeß eine Kriminalisierung linker Organisationen demonstriert werden sollte. Das gegen die KPD verhängte Urteil wird als Modellfall auch gegen andere führende Repräsentanten linker Organisationen dienen. Die gesamte Linke und Arbeiterbewegung muß gegen diese diskriminierende Verurteilung ihren schärfsten Protest erheben.

Unabhängig von den scharfen politischen Differenzen, die uns Trotzkisten von der Politik der KPD trennen, erklären wir unsere Solidarität mit den Verurteilten. Wir haben in der Vergangenheit bereits über den Prozeß gegen die KPD und andere Vietnamdemonstranten in *unserer Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 22, Juli 1978, berichtet. Die TLD hat einen Solidaritätsbeitrag für die Euch entstandenen enormen Unkosten auf das Verteidigungskonto: Hansjörg Hilke, Kto.-Nr. 10682029, Stadt Sparkasse Köln, BLZ 37050198, Kennwort: Bonner Thieuprozesse, überwiesen. Auch die Leser der *Kommunistischen Korrespondenz* sind zu einer Spende aufgerufen.

—Wir fordern die Aufhebung der Urteile gegen Christian Semler und Jürgen Horlemann sowie gegen die anderen in den Bonner Prozessen Verurteilten!

- Schluß mit der Kriminalisierung von Organisationen der Arbeiterbewegung!

Mit leninistischen
Grüßen i. A. des ZK der
TLD S. Lenz

Iran . . .

Fortsetzung von Seite 2

Gangsterattacken iranischer Studenten. Mit die aufschlußreichste politische Auseinandersetzung gab es auf einer SYL-Veranstaltung an der University of Illinois in Chicago am 12. Oktober vergangenen Jahres, wo ein Block von maoistischen und schiitischen Studenten versuchte, die Veranstaltung zu sprengen und uns als CIA-Agenten zu denunzieren. Doch war es durch unser entschiedenes wie auch besonnenes Auftreten möglich, die Veranstaltung zu Ende zu führen und auch eine Diskussion zu organisieren. In dieser Debatte fielen die Moslems ihren maoistischen Bündnispartnern dauernd in den Rücken, die krampfhaft zu beweisen versuchten, daß der Koran und Chomeini fortschrittlich wären und der Islam keine Unterdrückung der Frau wolle. Die Moslems hingegen bestanden darauf, daß die Frau selbstverständlich dem Mann untergeordnet sei und daß es für sie keine Zusammenarbeit mit Marxisten gäbe.

In England rief am 2. Dezember das von der englischen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS), der International Marxist Group unterstützte Committee Against Repression in Iran (CARI) die Polizei, um unsere Genossen der Spartacist League/Britain aus einer Birminghamer Demonstration gegen den Schah auszuschließen.

In Westdeutschland war schon im September der Block der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD) von einer Horde maostalinistischer CISNU-Schläger gewaltsam aus einer Frankfurter Anti-Schah-Demonstration gedrängt worden, weil wir auf unserer Propagandafreiheit bestanden. Die regelmäßigen Büchertische der TLD an der Frankfurter Universität und an der Westberliner Freien Universität waren wiederholt das Ziel von Provokationen und Bedrohungen durch iranische Mullah-Unterstützer.

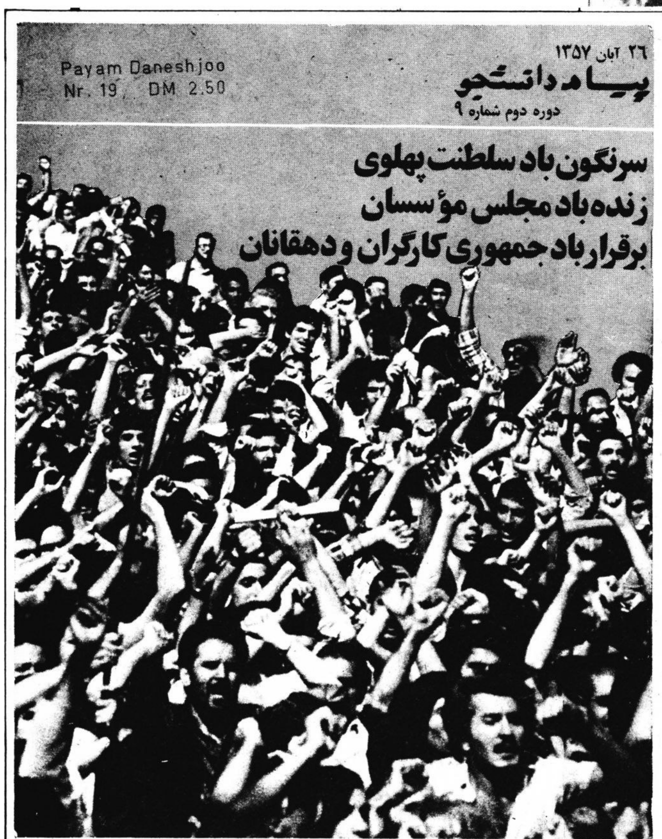
Diese „demokratische“ Vorgehensweise läßt darauf schließen, wie es Kommunisten heute in Iran erginge, die es wagten, die Geistlichkeit zu kritisieren!

SWP und GIM: Die Bewegung ist alles – Programm, Führung und Ziel sind nichts

Im Gegensatz zur amerikanischen Socialist Workers Party, ihrer Schwesterorganisation im Rahmen des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“, hat die pseudotrotzkistische Gruppe Internationale Marxisten (GIM) noch nicht versucht, die „progressive“ Rolle der Mullahs zu beweisen. Dafür widmet sie sich mit großer Hingabe den sozialen und materiellen Wurzeln der Bewegung. „Der Zorn und die Entschlossenheit der Bevölkerung sind ganz von dieser Welt“ *(was tun* Nr. 240, 14. Dezember 1978), schreibt sie. Dies

Pabloistische Fälscherschule





Rechts das Foto einer Demonstration in Iran; dieSlogans auf den beiden Bannern lauten: „... unser Führer Chomeini“ (Vordergrund) und „Die moslemische Nation des Iran...“. Auf dem linken Foto, dem Titelbild der von der SWP und der iranischen Sattar League herausgegebenen Zeitschrift Payam Daneshjoo Nr. 19, sind beide Banner mit den genannten Slogans verschwunden, stattdessen ist die Titelseite mit den Slogans „Nieder mit der Schahmonarchie“, „Es lebe die konstituierende Versammlung“, „Lang lebe die Arbeiter- und Bauernrepublik“ überschrieben.



Mullahs marschieren in Teheran. Ihr „Heiliger Krieg" gilt nicht nur der Schah-Monarchie, sondern ebenso der iranischen Linken und Arbeiterbewegung.

Wide World

bestreitet niemand. Jedes Kind weiß, daß selbst den Kreuzzügen soziale und materielle Ursachen zugrunde lagen. Da in der gleichen *was tun* behauptet wird, daß „eine ‚islamische Republik4, deren Kennzeichen der Schleier (Symbol jahrtausendealter Frauenunterdrückung) und der Koran sind, kein Ziel (ist), für das wir kämpfen", versucht der Verfasser des Artikels das Augenmerk des Lesers dadurch von den religiösen Führern abzulenken, daß er die Bewegung als eben etwas von dieser Führung getrenntes und unabhängiges darzustellen trachtet. Wie aber die Arbeiter- und Bauernregierung, die die GIM immerhin fordert, unter Umgehung des entschlossenen Kampfes gegen die reaktionären Mullahs erreicht werden kann, bleibt ein Geheimnis der GIM. Vielleicht durch „Druck" auf die Mullahs? Will doch die GIM auch durch „Druck - vor allem auf die Regierungspartei SPD" eine „internationale Kampagne zur Solidarität mit den unterdrückten Massen in Iran" entfesseln. So wenigstens in ihrem am 25. November in Frankfurt verteilten Flugblatt. Statt unabhängiger Mobilisierung der Arbeiterklasse „Druck" auf die Schah-Freunde Helmut Schmidt und Willy Brandt, „Druck" auf die imperialistische Regierung!

Die SWP wiederum, die noch vor einem Jähr die Losung „Nieder mit dem Schah!" als ultralinks verteufelt hatte, beeilt sich nunmehr, den Anschluß nicht zu verlieren. Der *Militant*, die Zeitung der SWP, brachte am 8. Dezember einen Artikel unter dem Titel „Iran : Ist der Kampf gegen die Tyrannei des Schah reaktionär?" Durch eine Menge von verzerrten Darstellungen der Wirklichkeit und Weglassungen von Tatsachen kommt der Autor David Frankel zu dem Schluß, daß die Kampagne der Moslems für die Rückkehr des Iran zu den Tagen Mohammeds nicht nur unterstützbar, sondern sogar ein Modell „demokratischen" Kampfes ist.

Was der Artikel *nicht* enthält, würde eine ganze Zeitung füllen und nicht nur einen Artikel. Frankel reitet eine schmierige Attacke gegen unsere Position und wirft uns vor, wir wären gegen Forderungen für demokratische Rechte, weil wir gegen die Aufrufe der Mullahs sind, die ausschließlich die Befreiung *islamischer* Gefangener wollen, und weil wir gegen die Bildung einer *islamischen* Republik sind.

Frankel scheint auch nichts von der Sitte des Schleiertragens gehört zu haben und auch nichts von der Kampagne der Moslems, seinen Gebrauch wieder zwingend einzuführen. In der Tat taucht das Wort „Frau" in dem ganzen Artikel nicht einmal auf. Wahrhaftig, eine gelungene Polemik, wenn man bedenkt, daß wir besonders anhand der Frauenfrage unsere Opposition zu den Mullahs begründen. Die Frage, was Chomeinis „Islamische Republik" für die Linke und die Arbeiterklasse bedeuten würde, wird völlig außer Acht gelassen.

Dies ist natürlich kein Zufall. Es ist eine schwierige Aufgabe, klerikalen Obskurantismus als „Demokratie" darzustellen, Tatsachen würden dabei nur im Wege sein und passen gewiß nicht in einen Hetzartikel gegen die revolutionären Positionen der iST.

Gapon und Chomeini

Bei Anhängern des Vereinigten Sekretariats erfreut sich auch der Vergleich Chomeinis mit dem Popen Gapon großer Beliebtheit. Bekanntlich begann die russische Revolution von 1905 mit einem Marsch zum Zarenpalast, wohin die Arbeiter unter der Führung dieses russisch-orthodoxen Priesters zogen. Doch die historische Analogie Gapon-Chomeini ist falsch.

Chomeini und seine Anhänger haben ein Programm, das weder demokratisch noch irgendwie progressiv ist. Und dies nicht einmal in Bezug auf die despotische Pahlevi-Dynastie. In vielen sozialen Fragen, z. B. der Frage der Unterdrückung der Frau, stehen sie auf Positionen, die tatsächlich rückständiger sind, als die von der gegenwärtigen reaktionären Diktatur. Überdies sind die Mullahs nicht widerwillige Werkzeuge einer plebejischen Massenrevolte, die im wesentlichen außerhalb

ihrer Kontrolle ist. Vielmehr haben sie die politische Stoßrichtung der Anti-Schah-Demonstrationen bestimmt und ihnen den unverwechselbaren Stempel des Klerikalismus aufgedrückt.

Im Gegensatz dazu war Gapon kein genuiner Repräsentant der russischen orthodoxen Kirche. So trat er für die Trennung von Kirche und Staat ein. Und als isoliertes Individuum verschwand er nach 1905 bald in der Vergessenheit. Dies wird mit Chomeini, dem anerkannten traditionellen Führer von Millionen schiitischer Moslems, nicht geschehen.

Es ist klar, daß die moslemischen Führer den gerechten Haß der Massen auf den Schah und seine Verbrechen für ihre Zwecke ausbeuten. Der Mörder auf dem Pfauenthron behauptet, den Iran „liberalisiert" und einer einst rückständigen Gesellschaft Prosperität und Fortschritt gebracht zu haben. Aber die iranischen Massen *wissen,* daß dies eine Lüge ist: Während der Schah rund um den Erdball jetsettet, beherrscht der brutale Terror der Armee und des SAVAK die Straßen und werden grundsätzliche demokratische Rechte verweigert. Jedoch sind die Mullahs *nicht* die Fürsprecher elementarer demokratischer Rechte geworden.

Trotz der Tatsache, daß die russischen Arbeiter ursprünglich einen russisch-orthodoxen Priester unterstützt hatten, forderten sie von Anbeginn eine auf allgemeinem Wahlrecht basierende konstituierende Versammlung, den Acht-Stunden-Tag und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Doch was sind die Parolen der „demokratischen" Mullah-Opposition in Iran? Während des Aufstandes in Täbris vom Februar 1978 waren es die folgenden: „Sieg der gerechten Herrschaft des Islam", „Wir sind Anhänger des Koran, wir brauchen nicht die Rastachis" (die inzwischen aufgelöste Staatspartei des Schah), „Tod oder *Hedschab"* (Sittsamkeit, d. h. der Schleier) und „Tod oder Chomeini".

Russische Revolutionäre beteiligten sich aktiv an dem revolutionären Aufstand von 1905 und konnten die Führung der Sowjets erringen, aber sie verbanden dies niemals mit der fanatischen Hochjubelung einer russisch-orthodoxen „progressiven" Geistlichkeit. Doch heute überschlagen sich die iranischen Linken und ihre internationalen Nachbeter geradezu, die „progressiven Mullahs" zu preisen. Sie machen viel Aufhebens über den angeblichen „Antiimperialismus" der islamischen Bewegung. Das Umkippen von Coca-Cola-Wagen, die Zerstörung von Kinos und Läden, die Alkohol verkaufen, die andauernden Schimpfkanonaden gegen „Pornographie" - all dieser reaktionäre Vandalismus wird von diesen Linken mit einem antiimperialistischen Etikett versehen.

Islamische „Republik" bedeutet soziale Reaktion!

Chomeini ist nur der „radikale" Repräsentant einer Kaste, die in jeglicher Einführung westlicher Kultur eine Bedrohung eines jahrhundertelangen Aberglaubens sieht, auf dem ihre Herrschaft beruht. Mit einer Gegenoffensive versucht der Klerus eine Erosion seiner traditionellen Privilegien und seiner Macht zu verhindern.

Die Mullahs widersetzten sich nicht der Pseudolandreform des Schah von 1963, weil diese die Pauperisierung und Ausbeutung der Bauernschaft verschärft hat, sondern weil auch die *Ulema* enteignet wurde und ihre Besitztümer in den kapitalistischen Markt eingegliedert wurden. Tatsächlich waren die Agrarmaßnahmen des Schah Bestandteil seiner Bemühungen, die ökonomische Macht der Aristokratie und des Klerus zu unterminieren und somit die Monarchie zu stärken.

Kennzeichen dieser archaischen Gesellschaft ist stets die Unterdrückung der Frauen und ihr systematischer Ausschluß aus dem öffentlichen Leben gewesen. Dies ist die brutale

Lenin gegen die Mullahs

„... In bezug auf die zurückgebliebeneren Staaten und Nationen ... muß man insbesondere im Auge behalten:

... die Notwendigkeit, die Geistlichkeit und sonstige reaktionäre und mittelalterliche Elemente zu bekämpfen, die in den zurückgebliebenen Ländern Einfluß haben;

... die Notwendigkeit, den Panislamismus und ähnliche Strömungen zu bekämpfen, die die Befreiungsbewegung gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit einer Stärkung der Positionen der Khane, der Gutsbesitzer, der Mullahs usw. verknüpfen wollen;

... Die Kommunistische Internationale darf die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen in den Kolonien und zurückgebliebenen Ländern nur unter der Bedingung unterstützen, daß die Elemente der künftigen proletarischen Parteien, die nicht nur dem Namen nach kommunistische Parteien sind, in allen zurückgebliebenen Ländern gesammelt und im Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben, der Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratischen Bewegungen innerhalb ihrer Nation, erzogen werden. Die Kommunistische Internationale muß ein zeitweiliges Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie der Kolonien und der zurückgebliebenen Länder eingehen, darf sich aber nicht mit ihr verschmelzen, sondern muß unbedingt die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung – sogar in ihrer Keimform - wahren ..." (Lenin, „Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage", *Werke*, Bd. 31)

soziale Realität, symbolisiert durch den Schleier, die Ehemännern und Vätern buchstäblich die Entscheidungsgewalt über Leben und Tod der Frauen verleiht. Während seine Ar hänger „Tod oder Schleier" auf den Straßen rufen, liefert Chomeini eine für den westlichen Konsum gedachte „Erklä rung" für die Unterjochung der Frau: „Es ist der Schah, de die Frauen der Korruption aussetzt und sie als bloße Puppen aufzuziehen wünscht" *(Le Monde,* 17. Oktober 1978). Aber wenn der Kapitalismus die Frauen weg vom Herd in die Fabrik holt, widersetzen sich die moslemischen Reaktionäre der Beseitigung ihrer Isolation, nicht der Ausbeutung der Frauen als Proletarier.

In Augenblicken der Offenheit gibt Chomeini seine Haltung eines „liberalen" religiösen Fanatikers auf und spricht sich frank und frei für eine kulturelle Unterdrückung á la Saudi Arabien aus: „Wir sind gegen Filme, die darauf abzielen, unsere Jugend zu korrumpieren und unsere islamische Kultur zu zerstören" (Londoner *Guardian*, 7. November 1978). „Korruption der Jugend" ist natürlich die Standardwehklage der bigotten Mullahs. Zweifellos finden sie die Propagierung des Klassenkampfes oder der Gleichberechtigung der Frau besonders „pornographisch" und der Unterdrückung bedürftig.

Chomeinis Ruf nach einer Rückkehr zur Verfassung von 1907 ist nichts als ein verkappter Ruf nach einer Theokratie. Diese Verfassung unterwirft nicht nur jegliche parlamentarische Gesetzgebung dem Vetorecht eines vom Klerus besetzten Gremiums, sie schließt auch insbesondere Nicht-Mos lems von höheren Regierungsposten aus. Was die Legalisierung





Chomeini betet zu Allah, die Linke kniet vor Chomeini. Rechts, seine Vorbilder Mohammed, Kalif Ali

rung linker Parteien betrifft, so erklärte Chomeini *der Neuen Zürcher Zeitung* (24. November 1978), daß die Tudeh-Partei, die moskauorientierte KP, verboten würde, weil sie die iranische Nation „verraten" hätte. Dies würde mit noch viel größerer Wahrscheinlichkeit für die Vertreter eines wahren proletarischen Internationalismus als für die Apologeten der sowjetischen Außenpolitik gelten.

Der religiösen Opposition ist es gelungen, den fadenscheinigen Charakter der Modernisierung der iranischen Gesellschaft durch den Schah, den dieser mit der brutalen Repression durch seine SAVAK-Folterknechte und durch seine Armee kombiniert, demagogisch für sich auszunutzen. Dem Schleier und der Armut hat sich nur eine schmale Schicht bürgerlicher und kleinbürgerlicher Frauen entziehen können. Der Ölreichtum verschwindet in den Taschen einer kleinen Elite. Tragischerweise wird von großen Teilen der iranischen Gesellschaft die vorkapitalistische Ordnung als einzige Alternative zur räuberischen Ausbeutung durch den von ausländischem Kapital beherrschten iranischen Kapitalismus angesehen.

Chomeinis Vorbilder: Pakistan und Indonesien

Wie der in Sachen Mittlerer Osten versierte Forscher und vorgebliche Marxist Maxime Rodinson in einer kürzlichen Artikelserie in *Le Monde* (6.-8. Dezember 1978) hervorhebt, findet der Aufruhr in Iran im Kontext einer Wiederbelebung von religiösem Fanatismus in der gesamten moslemischen Welt statt. Als der „antiimperialistische" Flitter des arabischen Nationalismus ä la Nasser seinen Glanz verlor, argumentiert er, schien die Gegnerschaft der islamischen Fundamentalisten zu jeglichem westlichen kulturellen Einfluß die einzige Alternative zur Herrschaft des Imperialismus. ,

Vor allem Pakistan, wo eine ähnlich wie in Iran von Moslems geführte Massenbewegung 1977 eine eigene „islamische Republik" schuf, spiegelt möglicherweise die Zukunft des Iran wider. Wie dort war auch in Pakistan im Kampf gegen das repressive Regime Zulfikar Ali Bhuttos die Denunzierung der „Verweltlichung" seines Regimes eine zentrale Komponente des Kampfs. Angeführt von der Jaamat-i Islam Partei, rief die Pakistanische Nationale Allianz (PNA) zur Wiedereinführung drakonischer islamischer Gesetze auf – Verbot von Alkoholgenuß, Abhacken der Hände von Dieben etc.

Die PNA, wie die von Chomeini geführten Kräfte, hatten auch einen „demokratischen" Deckmantel. Bhutto hatte *seine* demagogischen Versprechungen, die er der pauperisierten Bauernschaft gemacht hatte, mit einer Orgie der Korruption und des Gangsterismus verbunden. Ebenso wie Chomeini von einer Volksabstimmung und einer Republik spricht, forderte die PNA die Freiheit für alle politischen Gefangenen, Bhuttos Rücktritt, die Beendigung des Kriegsrechts und Neuwahlen. Zudem hatte die PNA bürgerlich-liberale Mitglieder, und die gesamte pakistanische Linke kapitulierte vor ihr, so daß sie ähnlich den Antischahkräften vorgeben konnte, eine „demokratische" buchstäblich alle nationalen politischen Kräfte umfassende Einheitsfront darzustellen.

Als Bhutto sich als unfähig erwies, die Revolte zu unterdrücken, intervenierte die Armee und machte den selbsternannten „Soldaten des Islam", General Zia, im Juli 1977 zum Regierungschef. Pakistan steht heute immer noch unter Kriegsrecht. Zia hat verlautbaren lassen, daß es nur wahrhaft islamischen Parteien gestattet sein wird, an den oft versprochenen Wahlen teilzunehmen. Wenige Tage nach seiner



Moslemische Nationalisten in Bangladesch betreiben Völkermord an Biharis. Das gleiche Schicksal haben nationale Minderheiten in Iran von der islamischen Reaktion zu befürchten.

Machtergreifung kündigte er die „lslamisierung des Strafrecht s“ an, einschließlich Auspeitschung, Hängen, Händeab- hacken in der Öffentlichkeit. In Zias Theokratie müssen alle Regierungsangestellten beten, während der freitäglichen Gebete müssen alle Läden und Fabriken schließen, und es gibt das Bestreben, den Schleier für alle Frauen wieder als obligatorisch einzuführen. Und natürlich sind alle „Streiks, Agitation oder politische Aktivitäten“ in den Schulen verboten, ebenso jegliche gewerkschaftliche Aktivität.

Chomeini hat klargemacht, daß er es der Jaamat-i Islam Partei bei der Errichtung einer „islamischen sozialen Ordnung“ gleichtun will. Er sucht sich seine eigenen „Soldaten des Islam“ in den mittleren Rängen des Offizierskorps des Schah: „Wir haben das Militär nicht aufgegeben und setzen große Hoffnung in die jungen Offiziere und Soldaten der Armee“ *(Los Angeles Times*, 26. November 1978).

Das Beispiel Indonesiens 1965 macht noch drastischer als Zias Pakistan deutlich, wozu die Unterordnung eines militanten Proletariats unter klerikale Reaktionäre führen kann. Im Namen der *gotong royong* (nationalen Einheit) organisierte die Millionen Anhänger umfassende KPI (die pekingorientierte Kommunistische Partei) Arbeitsbrigaden für den Aufbau und die Instandsetzung von Moscheen. Verschiedene Führer der KPI verkündeten öffentlich ihre Bekehrung zum Islam. Um die Allianz mit den Moslems und den Generalen zu zementieren, unterdrückten die Stalinisten Arbeiterstreiks und Fabrikbesetzungen genauso wie bäuerliche Landbesetzungen.

Deshalb traf der vom CIA unterstützte Coup, bei dem die Armee im Bündnis mit den moslemischen Kräften eine halbe Million Linke, Arbeiter und Bauern massakrierte, das indonesische Proletariat völlig unvorbereitet. Während die Mullahs einen Mob zum Sturm des Hauptquartiers der KPI in Djakarta aufhetzten und buchstäblich zu einem antikommunistischen heiligen Krieg aufriefen, feierte die Moslem- Partei die Massaker als „Einheit des Volkes mit den Streitkräften“;

Iranische Linke, die die Befreiung der Arbeiter und der Unterdrückten wollen, müssen aus den Lehren der Geschieht lernen – sonst werden sie sich selbst und jene, die sie zu führen trachten, zu einer blutigen Niederlage verurteilen.

Die Arbeiterklasse muß – die iranische Revolution führen!

Indonesien, Pakistan: beide liefern auf negative Weise eine Bestätigung für die trotzkistische Theorie der permanenten Revolution. In der Epoche des Imperialismus können weder reaktionäre Despoten wie der Schah noch panislamische Fanatiker wie Chomeini in irgendeiner Weise die demokratischen Sehnsüchte der arbeitenden Massen erfüllen Die einzige soziale Kraft, die diesen Kampf führen kann, ist die Arbeiterklasse unter revolutionärer Führung.

Der Iran ist nicht mit Ländern wie Paraguay oder Botswana gleichzusetzen. Diese Länder sind so rückständig, daß ein sozialer Wandel nur durch die Auswirkungen proletarischer Kämpfe der Nachbarländer vorstellbar ist. Wäre dies in Iran der Fall, würde möglicherweise die Führung die Kämpfe durch die Mullahs weder die gleiche Bedeutung noch solche potentiell verheerenden Konsequenzen haben. Doch ist der Iran in Wahrheit die Heimat der größten und wichtigsten Arbeiterklasse der gesamten Region, einer Arbeiterklasse, die in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Male die Führung explosiver sozialer Kämpfe übernommen hat.

Die Schaffung einer unabhängigen bolschewistischen Partei in Iran ist heute für Revolutionäre eine unaufschiebbare Aufgabe. Um diese können sich die arbeitenden Massen sammeln, um sowohl gegen die Diktatur des Schah als auch gegen die reaktionäre islamische Geistlichkeit, die heute die Opposition dominiert, zu kämpfen. In der Rebellion von 1945 waren die türkisch-sprechenden aserbeidschanischen Arbeiter führend, und in den Kämpfen von 1951 –1953 gegen den britischen Imperialismus standen wiederum die Arbeiter an der Spitze. Letztere gaben schließlich den Anstoß zu den Nationalisierungen der Ölindustrie durch die bürgerlich-nationale Mossadegh-Regierung. Doch wurde die Kontinuität des proletarischen Kampfes unterbrochen, nicht nur aufgrund der blutigen Repression durch die von den USA wieder eingesetzte Diktatur des Schah, sondern auch durch den dauernden Verrat der iranischen Stalinisten,

Die moskauorientierte Tudeh-Partei, die die Hegemonie in der Führung der ersten zwei Wellen von Arbeiterkämpfen nach dem Kriege innehatte, führte ihre Anhänger nicht nur in die Irre, indem sie diese in die politische Abhängigkeit von dem „progressiven“ Nationalisten Mossadegh leitete, sondern wurde auch durch die konterrevolutionäre Pro-Schah-Haltung ihrer Kreml-Mentoren schwer diskreditiert. Die in der Folge iranische Studenten anziehenden maoistischen Gruppen sind gleichermaßen durch Pekings „friedliche Koexistenz“ und mehr noch durch die offene Unterstützung für den Tyrannen auf dem Pfauenthron kompromittiert worden.

Die militanten Arbeiter, die massive ökonomische und politische Streiks in Iran begonnen haben, sind heute ohne eine breit verankerte, unabhängige proletarische Führung. Ir dieses Vertrauen treten nunmehr Chomeini und die moslemischen Mullahs. Die Koran-Fundamentalisten haben ihren



Demonstrantinnen im Tschador, Symbol der Frauenunterdrückung

stärksten Halt in den kleinbürgerlichen Basarhändlern und den rückständigen unterdrückten Bauern. Aber sie behalten auch einen bedeutenden Einfluß über weite Sektoren der Textil- und Bauarbeiter, die frisch vom Lande kommen. Aber auch die Facharbeiter der Ölindustrie, die weniger vom religiösen Obskurantismus beeinflußt sind, haben sich nicht gänzlich vom fremdenfeindlichen Chauvinismus befreit, den die von den Mullahs geführte Bewegung praktiziert.

Daher haben z. B. die Mullah-Liebhaber unter den westlichen Linken versucht, die Forderung der Ölarbeiter nach der Ausweisung aller ausländischen Arbeiter einfach als „antiimperialistische“ Parole darzustellen. Doch richtet sich die fremdenfeindliche Kampagne nicht nur gegen amerikanische Aufseher, sondern potentiell auch gegen die vielen Tausend Palästinenser, Inder, Koreaner und Afghanis, die einen bedeutenden Teil der Arbeitskräfte ausmachen. Über dies scheint der letzte Streik der Erdölarbeiter, im Gegensatz zu den vorangegangenen, direkt auf Geheiß Chomeinis begonnen worden zu sein.

Die einzige Lösung: proletarische Revolution

Nur das Programm des revolutionären Trotzkismus zeigt den Ausweg für die iranischen Massen. Es steht im schroffen Gegensatz sowohl zur islamischen Reaktion als auch zur brutalen Unterdrückung des „modernisierenden“ Schah:

– Carters „Menschenrechte“ bedeuten die Schlächterei des Schah! Kerne US-Intervention in Iran! Keine Militärhilfe für den Schah! Für internationale proletarische Solidarität: Boykott aller für den Iran bestimmten militärischen Güter!

– Für das Recht auf Selbstbestimmung für die Aserbeidschaner, Kurden und alle anderen unterdrückten Nationalitäten in Iran! Volle sprachliche und kulturelle Rechte für alle Nationalitäten!

– Land dem, der es bebaut! Enteignet die Großgrundbesitzer, den Klerus und die königliche Familie! Enteignet den ausländischen Großgrundbesitz! Um die Bauernschaft vom Wucher zu befreien: billige Kredite für kleine Landbesitzer!

– Volle demokratische Rechte für Frauen! Nieder mit dem Schleier! Für die Abschaffung aller restriktiven Familiengesetze! Für die Abschaffung aller Anti-Abtreibungsgesetze! Für gleichberechtigten Zugang zu Erziehung und Beruf!

– Gewinnt die einfachen Soldaten, die Söhne der Arbeiter und Bauern, für die Sache des Proletariats! Kein Vertrauen in „antiimperialistische“ Offiziere!

– Nieder mit dem Kriegsrechtsregime des Schah! Zerschlagt den SAVAK! Für Volkstribunale zur Bestrafung der SAVAK- Folterknechte ! Freiheit für alle Opfer des weißen Terrors des Schah!

– Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Für eine souveräne, säkulare konstituierende Versammlung! Für eine Arbeiter- und Bauernregierung!

– Für eine trotzkistische Partei in Iran! Für die Wiederschaffung der Vierten Internationale, der Weltpartei des Proletariats!



Spartacist-Wahlkampagne in New York City:

EIN BOLSCHEWISTISCHER ERFOLG



Spartacist-Kandidatin Marjorie Starnberg

Ein beachtlicher Erfolg krönte die erste Wahlkampagne der Spartacist League/U.S., amerikanische Schwesterorganisation der TLD, seit zehn Jahren: im 64. Assembly District (Wahlkreis für die Wahlen zur State Assembly des Bundesstaats New York) errang die Spartacist-Kandidat in Marjorie Starnberg über 3,2 Prozent der Stimmen. Obwohl im 64. Distrikt (Greenwich Village, Chelsea) linke Kandidaten oft ein besseres Ergebnis als im Rest der Stadt erzielen können, ist ein Vergleich mit den Ergebnissender Reformisten aufschlußreich: Gouverneurskandidaten der Kommunistischen Partei und der Socialist Workers Party (SWP - assoziiert mit dem Vereinigten Sekretariat, dem auch die G1M angehört) erhielten hier jeweils 1,6 Prozent, das sind 470 bzw. 449 Stimmen. Starnberg erzielte fast das Doppelte, nämlich 909 Stimmen (in verschiedenen Wahllokalen bis zu zehn Prozent) mit einer aggressiven Propagandakampagne in bester bolschewistischer Tradition, ohne elektoralistischen Stimmenfang, sondern mit frontalen Angriffen auf alle heiligen Kühe der Neuen Linken, insbesondere die „grünen“ Marotten der Öko-Freaks, für die die SWP sich fast noch heftiger begeistert als jüngst die westdeutsche Linke.

Die Spartacist League, die über eine wesentlich kleinere Organisation als etwa KP oder SWP verfügt, konnte in einem Bezirk, der seit 25 Jahren von einem typischen „Linksliberalen“ der Demokratischen Partei beherrscht wird, diesen Erfolg durch ihr konsequentes Aufzeigen einer revolutionären Perspektive erringen - „Ein sozialistischer Kampf zur Rettung New Yorks“. Die reformistischen Zwillinge, KP und SWP, hatten nicht nur fast gleichlautende Wahlslogans, „Menschen vor Profiten“ (KP) und „Menschliche Bedürfnisse vor Profiten“ (SWP), auch ihre übrige Strategie war fast identisch: Druck auf die „fortschrittlichere“ Partei der Bourgeoisie, die Demokraten, auszuüben und hinter Gewerkschaftsbürokraten und schwarzen Nationalisten herzutraben.

Ausgehend von dem täglich fortschreitenden Verfall der von Banken und Kapitalkonsortien ausgeplünderten Stadt konnte die Spartacist League mit ihrer Kampagne klar machen, daß nur eine Arbeiterregierung mit revolutionären Mitteln die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung und der Armen New Yorks erfüllen kann. *Für den Sieg der Arbeiterkämpfe* war die Hauptachse dieser Kampagne, und Spartacists verstärkten auch die Streikpostenketten im New Yorker Pressestreik und verbreiteten unser Programm unter den Streikenden. Angesichts der rassistischen Angriffe auf schwarze Schulkinder, die mit Bussen in bessere, von vorwiegend Weißen besuchten Schulen gebracht werden, angesichts der Attacken bigotter Reaktionäre wie Anita Bryant auf Homosexuelle, angesichts der allgemeinen „Law and Order“-Hetze mit dem immer stärker werdenden Ruf nach der Todesstrafe, propagierten die Spartacists die dringend notwendige Verteidigung demokratischer Rechte durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse. Jimmy Carters antisowjetischem „Menschenrechts“-Feldzug stellten unsere Genossen die trotzkistische Position der Verteidigung der Oktober-Errungenschaften und den Sturz der parasitären stalinistischen Bürokratie durch das Proletariat gegenüber.

Leninistische Wahltaktik

Den reformistischen Wahlappetiten, die die in den USA ohnehin stark verbreiteten Illusionen in die Parlamente und in die bürgerliche Demokratie weiter schürten, trat die SL mit ihrer leninistischen Konzeption entgegen. Für Kommunisten sind Wahlen, egal auf wie hoher Ebene, stets eine Propagandatribüne zur besseren Verbreitung des revolutionären Programms. Oder wie Marjorie Starnberg es in einer Debatte Vertretern der SWP und der KP entgegenschleuderte:

„... Ihr mögt für den Gouverneursposten kandidieren, aber wir führen diese Kampagne wie es die Bolschewiki getan haben, das heißt, als eine Plattform, um unser revolutionäres Programm in die Massen zu tragen. Und deswegen kandidieren wir in gewissem Sinne nicht nur als Gouverneur, sondern auch als Bürgermeister, als Kongreßabgeordneter - für jeden Posten. Denn, seht ihr, *ihr kandidiert für den Gouverneursposten, aber wir kandidieren um die Staatsmacht^ Workers Vanguard* Nr. 218, 3. November 1978).

Die Spartacist Kampagne belebte die alte Tradition der „soap-box street corner rallies“ (improvisierte Kundgebungen an belebten Straßenecken); unsere Genossen verteilten einige tausend Seiten revolutionärer Literatur, plakatierten die Wahlposter an Laternenpfählen und U-Bahn-Stationen, gaben Interviews an lokale Zeitungen. Vom ersten öffentlichen Akt der Kampagne - der Unterstützung der streikenden Zeitungsdrucker bei ihren Streikposten - ließ die SL die Bewohner von Greenwich Village und dem weitgehend proletarischen Chelsea wissen, daß hier eine revolutionäre Kampagne geführt wurde.

Auf demonstrative Weise wurde der revolutionäre Charakter unserer Wahlkampagne dadurch unterstrichen, daß Marjorie Starnberg eine undatierte Erklärung unterzeichnete, die festhält, daß sie von ihrem Posten zurückzutreten bereit ist, sobald es die SL wünscht. Unsere Wähler stimmen nicht nur für ein Individuum, das im Parlament einem enormen bürgerlichen Druck ausgesetzt wäre und eventuell davor kapitulieren könnte; sie stimmen für eine Partei und diese steht und fällt mit ihrem Programm. Die Kommunistische Internationale unter Lenin und Trotzki hatte aus dem ‚Parlament ssozialismus“ der Zweiten Internationale ihre Lehren gezogen und verlangte von allen ihren Kandidaten für öffent; liehe Ämter eine solche Erklärung. Die Wiederbelebung dieser revolutionären Tradition durch die internationale Spartacist Tendenz ist ein besonderes Indiz für unsere Opposition zu parlamentarischem Kretinismus.

Die Kandidatin der Spartacist League, die 34-jährige Marjorie Starnberg, ist seit 1965 in Kämpfen gegen den imperialistischen Krieg in Vietnam, gegen Unterdrückung und Ausbeutung aktiv. Sie war Journalistin des Stalinistisch orientierten Wochenblatts *Guardian,* später dann Führerin der Oakland (California) Women's Liberation. Marjorie Stam-

Fortgesetzt auf Seite 19

Das Kampfprogramm der Spartacist League

Sieg den Arbeiterkämpfen!

Die heldenhaften Bergarbeiter haben gezeigt, zu welchen Taten die amerikanische Arbeiterklasse fähig ist.

Von den heroischen Streikpostenketten beim *Daily-News* Streik in vergangenen Sommer bis zum gegenwärtigen erbitterten Druckerstreik, der durch den finsteren Gewerkschaftsfeind Rupert Murdoch provoziert wurde, stehen New Yorker an der Streikfront, um die Errungenschaften vergangener Kämpfe zu verteidigen.

- **Sieg dem Zeitungsstreik!** *Für die Solidarität der Arbeiterbewegung! - Man überquert keine Streikpostenkette! Für Bezahlung und Maschinenbesetzung auf dem höheren, in New York City übliehen Niveau bei allen in New York City vertriebenen Tageszeitungen! Für eine Tageszeitung herausgegeben von der Arbeiterbewegung! Arbeiter New York: Bettelt nicht - streikt! Macht es mit (Bürgermeister)* Koch wie mit (Ex-Bürgermeister) Lindsay!*

Wir klagen Carter, den Kongreß, die Banken, die Wall-Street-Konzerne, die Demokraten und die Arbeiterverräter, die sich tot gestellt haben, der kriminellen Verschwörung an, die Bürger von New York zu überfallen, auszuplündern und zu tyrannisieren. Koch spielt das „öffentliche Interesse“ gegen die Gewerkschaften aus. Aber der Kampf, New York zu retten, ist der Kampf, die Gewerkschaften zu retten.

- **Zerschlagt durch militante Aktion der Arbeiterbewegung das Bankkonsortium Municipal Action Corporation, das die Finanzverwaltung New Yorks kontrolliert, das Emergency Financial Control Board und die Diktatur der Banken! Annulliert die Schulden!** *Entschädigungslose Enteignung der Banken und der blutsaugerischen Stadtwerke, der Elektrizitätswerke Continental Edison und der Telefongesellschaft! Holt euch die Milliarden zurück, die von den gewerkschaftlichen Pensionkassen der unersättlichen Municipal Action Corporation in den Rachen geworfen worden sind! Wiederherstellung der abgebauten tariflichen Sozialleistungen!*
- **Raus mit den Bürokraten! Brecht mit den Demokraten — Für eine Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft!** *Macht die Entlassungen rückgängig! Macht die Streichungen im kommunalen Budget rückgängig! Arbeit für alle! - 30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn! Genaue Anpassung der Löhne an alle Erhöhungen der Lebenshaltungskosten! Zerschlagt das Taylor Gesetz! (das Streiks im öffentlichen Dienst verbietet.)*

% Für ein massives Programm öffentlicher Arbeiten unter Gewerkschaftskontrolle! Landerechte für die Concorde! Für den Bau einer fünfspurigen unterirdischen Stadtautobahn!

- *Verdreifachte Wohlfahrtsunterstützung! Unbegrenzte Arbeitslosenunterstützung auf vollem tariflichen Niveau! Für kostenlose qualifizierte medizinische Versorgung für alle! Die Kontrolle der Mieten muß wiederhergestellt und ausgebaut werden - Enteignet die Immobiliengroßunternehmen! Nulltarif im Nahverkehr! Milliarden her für die Rettung der U-Bahn!*

Für die proletarische Verteidigung der demokratischen Rechte!

Die kapitalistische Regierung gehört den Rassisten, die auf den Straßen Bostons wüten, den bigotten Antihomosexuellen der Anita-Bryant-Reaktion, den Abtreibungsgegnern im Weißen Haus. Die Reformisten haben die Massen gelehrt, sich auf die Gerichte und den Kongreß zu verlassen. Jetzt führen die Gerichte und der Kongreß die Reaktion an, und selbst die begrenzten demokratischen Errungenschaften der sechziger Jahre können nur durch einen Kampf der Arbeiterbewegung wiederhergestellt werden.

- **Für den Transport von schwarzen Schulkindern durch Busing zum Abbau der Rassenschranken in den Schulen, einschließlich der „weißen“ Schulen der Vororte!** *Kein Rederecht für Nazis und andere rassistische Terroristen! Für gemeinsame Verteidigungstrupps der Schwarzen und der Arbeiterbewegung gegen die Angriffe der Rechten!*
- **Schluß mit der Diskriminierung in den Schulen, bei der Wohnungsvergabe, in der Ausbildung, bei Einstellungen!** *Nicht gewerkschaftsbrechende „Affirmative Action“ (staatlich festgesetzte Einstellungsquoten), sondern Gewerkschaftsprogramme für die Berufs-*

Fortgesetzt auf Seite 18



WV Photo

New Yorker Ghetto South Bronx

Kampfprogramm...

Fortsetzung von Seite 17
fortbildung und besondere Programme für Minderheiten! Arbeit für alle! Für die gewerkschaftliche Kontrolle über Einstellungen! Bullen raus aus den Gewerkschaften! – Gerichte, Hände weg von der Arbeiterbewegung!

• Volle demokratische Rechte für Homosexuelle! *Intro 384 muß verabschiedet werden! Das Equal Rights Amendment (Verfassungszusatz, der Frauen die formale rechtliche Gleichheit gewährt) muß verabschiedet werden! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Bei sexuellen Aktivitäten, die auf gegenseitigem Einvernehmen beruhen, hat der repressive Staat nichts zu suchen! Keine Gesetze gegen Pornographie, Drogenverwendung, Prostitution! Nieder mit jeder Zensur!*

• Nieder mit dem Bakke-Entscheid! *(einem Gerichtsbeschluß gegen Mindestquoten für die Aufnahme von Minderheiten an den Universitäten) Öffnet die Türen der Universität! Für kostenlose, qualifizierte Ausbildung auf Hochschulebene für alle! Nationalisiert die privaten Colleges! - Für das kostenlose Studium bei einem menschenwürdigen Stipendium! Für zweisprachigen Unterricht!*

Nieder mit der rassistischen „ Law-and-Order"- Kampagne!

Von Kochs Aufruf für die Todesstrafe bis Careys Kampagne für lebenslängliches Zuchthaus ohne Aussetzen auf Bewährung richtet sich die „law-and-order"-Kampagne gegen Schwarze, Minoritäten und die Armen. Während realitätsblinde Reformisten behaupten, es gebe keine Kriminalität, heißt die Antwort der Kapitalisten: verschärfte Strafmaßnahmen, mehr Polizeiterror, ein Freibrief zum Morden für die rassistischen Bullen, die New Yorks größte Rauschgift-Dealer sind, Gesetze zur Waffenkontrolle, die garantieren, daß nur die Bullen und die Kriminellen bewaffnet sind.

• Nieder mit der Todesstrafe! *Auf den Schrotthaufen mit dem Sullivan-Gesetz zur Waffenkontrolle in New York City! Keine Waffen für die Bullen!*

• **„Nein!" zum ethnischen Selbstjustiz-Terror! Sperrt die Mörder-Bullen ein!**

Nieder mit Carters antisowjetischer „Menschenrechts"kampagne!

Die „Menschenrechts"kampagne von Carter-Young-Brzezinski bedeutet: Südafrikas Vorster, Chiles General Pinochet, der blutige Schah von Iran. Ihr wirklicher Zweck ist es, das „Image" des US-Imperialismus nach seinem Debakel in Vietnam und den peinlichen Enthüllungen von Watergate wieder aufzufrischen und das Klima des Kalten Krieges im Interesse einer provokativen Aufrüstung gegen die UdSSR zu schüren.

Als Trotzkisten haben wir, hat unsere Bewegung seit 50 Jahren gegen die konterrevolutionäre Unterdrückung der Arbeiterdemokratie seitens des Kreml gekämpft . Unser Aufruf zum Sturz der Kreml-Usurpatoren durch proletarische politische Revolution heißt jedoch kompromißlose Opposition gegen Carters imperialistische Gelüste, den Kapitalismus in der Sowjetunion, in Kuba, China und in allen deformierten Arbeit er Staaten wieder herzustellen.

• **Verteidigt die Errungenschaften der Oktoberrevolution!** *Für Arbeiterdemokratie! Weg mit den stalinistischen Bürokraten - Für proletarische politische Revolution!*

• **Nein zum reaktionären Protektionismus!**

• **Für internationale proletarische Solidarität!** *Zerschlagt die Apartheid in Südafrika! Für internationale proletarische Aktion zur Verteidigung der schwarzen Gewerkschaften! Raus mit dem europäischen und amerikanischen Kolonialismus und Imperialismus! Für die Selbstbestimmung Afrikas!*

• **Stoppt die Deportationen – Volle Bürgerrechte für ausländische Arbeiter! Für die Unabhängigkeit von Puerto Rico!**

• **Nieder mit der imperialistischen „Menschenrechts"-Heuchelei! – Der Hauptfeind steht im eigenen Land!**

• Alle in Klammern gesetzten Anmerkungen stammen von der Redaktion.

NY-Wahlen...

Fortsetzung von Seite 17

berg ist eine derjenigen aus der militanten Studentenbewegung, die zu einer proletarischen sozialistischen Perspektive gefunden haben. Sie kann auf neun Jahre Erfahrung als Telefonarbeiterin zurückblicken, den größten Teil dieser Zeit als Führerin des von der SL unterstützten Militant Action Caucus in der Telefonarbeitergewerkschaft CWA. Heute schreibt sie für die trotzkistische Zeitung der Spartacist League, *Workers Vanguard.*

Ein sozialistischer Kampf zur Rettung New Yorks

New York ist seit langem eine dahinsiechende Stadt. Für die minimalsten Verbesserungen der miserablen Wohnsituation, für die Instandhaltung der desolaten Verkehrsmittel und Straßen, für die unzureichende Sozialhilfe an die Tausenden von Arbeitslosen und Armen - die Arbeitslosenquote bei schwarzen und spanischsprechenden Jugendlichen lag im Sommer 1977 bei 86 Prozent - ist kein Geld übrig. Die New Yorker „Finanzkrise" 1975 zementierte diesen Zustand. Das Finanzkonsortium „Big MAC", eingesetzt, um die Krise zu sanieren, machte die „maßlosen" Gewerkschaften für die Schulden der Stadt verantwortlich und verlangte von ihnen, dafür geradezustehen. Wozu sich die eng mit den Demokraten verfilzte Gewerkschaftsbürokratie im Namen „verantwortlichen Finanzgebahrens" auch prompt bereit erklärte: Lohnstopps, Wegfall der gleitenden Anpassung der Löhne an die Inflation und anderer in den letzten 40 Jahren erkämpfter Errungenschaften. Millionenbeträge flössen aus den Pensionskassen der Gewerkschaften in den Rachen der Banken. 70 000 Arbeitsplätze gingen mit einem Schlag verloren. Statt einen Kampf gegen die gewerkschaftszerstörende Herrschaft von Big MAC zu führen, der auch die anderen unterdrückten Schichten der Stadt mit sich hätte reißen

können, setzten die Bürokraten alle Mittel ein, um ihn zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Auseinandersetzung bei den Wahlen um die Frage einer Stadtautobahn quer durch New York zu sehen. Während Umwelt Schützer und die „progressive" Schickeria von Greenwich Village (und in ihrem Gefolge die Reformisten) entsetzt aufschrieen und forderten, daß mit dem vielen Geld doch lieber die U-Bahn verbessert werden sollte, ließ sich die SL nicht auf die Logik des Kapitalismus ein. Zweifellos braucht die U-Bahn dringend Modernisierung, beispielsweise Klimaanlagen und Gummiräder, um von einem einzigen Alptraum der Millionen U-Bahn-Fahrer zu einem brauchbaren Verkehrsmittel zu werden. Die SL ist dafür, einen großzügigen Ausbau des Liniennetzes der U-Bahn und der Busse vorzunehmen und diese auf Nulltarif umzustellen. Aber das New Yorker Verkehrs-

Eine Zusammenstellung von 10 Workers Vanguard-Artikeln zur revolutionären Wahlkampagne der Spartacist League/US und über den Ursprung der New Yorker „Finanzkrise" kann zum Preis von 5,-- DM über die Redaktionsanschrift bezogen werden.

und Versorgungschaos wird dadurch nicht gelöst. Die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln und anderen wichtigen Gütern wird auch weiterhin mit LKWs vorgenommen werden müssen. Deshalb die Antwort der SL: Baut eine fünfspurige unterirdische Stadtautobahn!

Das gleiche gilt für die unmenschliche Wohnungssituation in den Slums, wie etwa South Bronx, Harlem usw., wo man „ sich buchstäblich in einer ausgebombten Stadt wähnt. Die Riesenmengen an finanziellen Mitteln, die für einen Wiederaufbau dieser Viertel notwendig wären, sind vorhanden – aber nicht nach der Logik des Kapitals. Sie gingen als Schuldentilgung an Big MAC. Die SL dienerte nicht mit



Polizeiterror gegen Schwarze

Ratschlägen, wie man den kärglichen Etat der Stadt am besten verteilt, sondern forderte: Annulliert die Schulden der Stadt! Holt die von Big MAC kassierten Rentenfonds der Gewerkschaften zurück! Für ein öffentliches Bauprogramm für Wohnungen, Straßen, Verkehrsmittel - zu Tariflöhnen unter Kontrolle der Gewerkschaften! Verdreifacht die Sozialhilfe! Enteignung der Banken und der privaten Telefon- und Stromgiganten!

Nicht Juden gegen Schwarze, sondern Klasse gegen Klasse!

Bürgerliche Kommunalpolitik in New York basiert seit Jahrzehnten auf der Aufteilung des „pork barrels" - Ämterpatronage und Verteilung von Steuergeldern - zwischen den vielen ethnischen Gruppen der Stadt über die Agentur der Demokratischen Partei. Bei der schwelenden Krise der Stadt schrumpft aber der „pork barrel“ ständig und die Konflikte nehmen in der ethnisch und rassisch gemischten Stadt eine potentiell explosive Dynamik an.

Arthur Miller, einer der Führer der schwarzen Gemeinschaft des Bezirks Crown Heights, wurde am 14. Juni Opfer eines brutalen Polizeimordes. Wegen *eines nichtbezahlten Parktickets* schlugen 15 Bullen ihn nieder und erwürgten ihn kaltblütig auf offener Straße vor Dutzenden von Zeugen. Zwei Tage später wurde in Crown Heights ein junger Schwarzer, Victor Rhodes, von einer Schlägertruppe chasidischer Juden halbtot geprügelt. Demagogisch begannen daraufhin die schwarzen Lokalpolitiker der Demokratischen Partei und Kirchenführer des Bezirks die beiden Überfälle zu verknüpfen. Anstatt die berechtigte Wut und Empörung der schwarzen Ghettobewohner gegen Polizei und Polizeibrutalität zu richten, entzündeten sie eine antisemitische Haßkampagne gegen die nur minimal bessergestellte, ebenfalls arme und unterdrückte jüdisch-orthodoxe Gemeinde.

Die Black National Front, von karrierehungrigen schwarzen Nationalisten gegründet, inszenierte einen provokativen Marsch durch das chassidische Viertel auf die Synagoge. Crown Heights stand kurz vor einem Rassenkrieg. Wesentlicher Hintergrund der Hetzkampagne der schwarzen Honoratioren war die unausgewogene finanzielle Verteilung bei „Armutsprogrammen'4 der Regierung, bei denen das jüdische Viertel proportional mehr absahnte als das schwarze Ghetto. Um sich für Karrieren in der Demokratischen Partei den nötigen Einfluß zu verschaffen, schreckten die schwarz-nationalistischen Führer in der Vergangenheit vor Streikbruch



\Norkers Vanguard Photo

Streikposten machen die Redaktion der New York Times dicht

nicht zurück (so beim Lehrerstreik in New York 1968);dies mal gingen sie soweit, einen Rassenkrieg zu provozieren, bei dem im rassistischen Amerika ohnehin *nur die Schwarzen* die Verlierer sein könnten.

Natürlich gab es für dieses widerliche Spektakel auch die „linke“ Flankendeckung der Reformisten. Bei einer Wahldebatte mit KP-Vertreter Jay Shaffner und Ken Millner vor der SWP entlarvten Starnberg und andere SL-Unterstützer die Haltung dieser Organisationen zu Crown Heights schonungslos als feige Kapitulation vor dem schwarzen Nationalismus und als Weigerung, eine proletarische Position in ethnischen Konflikten einzunehmen. Während der KP-Vertreter sich hilflos windend von dem kommentarlos im *Daily Worker* (KP-Organ) abgedruckten Antisemitismus der Crown Heights-Führer zu distanzieren suchte und meinte, „vor einer Synagoge zu demonstrieren, ist nicht, was die Kommunistische Partei tun würde. Aber das heißt nicht, daß wir eine Bewegung des Volkes attackieren würden“, entpuppte sich der SWP-Vertreter als reiner Nationalist. Er bestritt nicht nur jeden Anflug von Antisemitismus bei den

Ereignissen von Crown Heights, sondern apostrophierte die Provokationen gegen die jüdische Bevölkerung als Selbstverteidigung der schwarzen Gemeinde, die bedingungslos zu unterstützen wäre. Zu der Streikbrechertätigkeit der SWP im Lehrerstreik 1968, wo sie ebenfalls als Wasserträger der schwarzen Nationalisten diente, antwortete Millner unumwunden: „... wir werden wieder helfen, solche Streikpostenketten zu brechen“ (*Workers Vanguard* Nr. 218).

Die Spartacist League machte klar, daß nicht Schwarze gegen Juden und umgekehrt mobilisiert werden dürften, sondern Klasse gegen Klasse. Wie Starnberg ausführte: „Was machen Kommunisten in einer Situation wie Crown Heights? Wenn man eine Situation hat, wo die jüdische Bevölkerung den Schwarzen feindlich gegenübersteht? Wenn man eine Situation hat, wo die Schwarzen die chassidischen Juden als den KKK und die chassidischen Juden die Schwarzen als Schwarzhunderte sehen, die ein Pogrom organisieren? Was machen Kommunisten, um eine solche Situation aufzubrechen? Es ist einfach: nicht Schwarze gegen Juden, sondern Klasse gegen Klasse. Und wir haben ‚nein' gesagt zur ethnischen Selbstjustiz“ (*Workers Vanguard* Nr. 218). Ein Genosse der SL wies daraufhin, daß in dem Moment, wo es um blutige *ethnische* Unruhen geht, die SWP zur Selbstjustiz der Schwarzen aufruft, während sie bei der massiven Rassistenmobilisierung in Boston, als Bustransporte schwarzer Schulkinder von weißen Rassisten angegriffen wurden, nur nach dem Eingreifen von Bundestruppen schrie.

Die Spartacist League ist gegen das Waffenkontrollgesetz, das Sullivan Law, das Kriminellen und Bullen ein Waffenmonopol beschert. Sie tritt ein für die Beendigung der selbstzerstörerischen Spirale ethnischer Auseinandersetzungen, von denen nur die herrschende Klasse profitiert und ruft die New Yorker Arbeiterbewegung auf, einen gemeinsamen Kampf des Proletariats und aller Unterdrückten dieser Stadt gegen den Polizeiterror zu führen.

Die Spartacist League hat mit diesem Wahlkampf demonstriert, daß die Teilnahme an bürgerlichen Wahlen nicht Kapitulation vor dem vorherrschenden reformistischen Bewußtsein bedeuten muß. Und sie hat weiter bewiesen, daß das 1938 von Trotzki entwickelte Übergangsprogramm gerade in einer Stadt wie New York, die die Krise des Kapitalismus sichtbar und spürbar verkörpert, das einzige Programm ist, das von den täglichen, bitteren Nöten der Massen ausgehend die Brücke zur sozialistischen Revolution schlagen kann. Die Spartacist-Wahlkampagne hat klargemacht, daß die Zukunft der Arbeiterklasse nicht an den Wahlurnen, sondern an den Streiklinien, an den Fronten des Klassenkampfs entschieden wird.

Wir nehmen die Tatsache mit Genugtuung zur Kenntnis, daß der Pseudotrotzkist Ernest Mandel kürzlich bei den belgischen Parlamentswahlen ganze 0,06 Prozent der Stimmen in seinem Wahlkreis Lüttich erhielt (*Arbeiterkampf*, 8. Januar). Mandels liquidatorische Hauptlosung „Für eine Arbeiterregierung der BSP (Sozialdemokratie) und christlichen Arbeiterbewegung“ erhielt damit eine gerechte Schlappe.

Der Wahlerfolg von Marjorie Stamberg gehört zu einer völlig anderen Tradition. Wie die Spartacist-Kandidat in zum Schluß einer Wahlrede bemerkte:
„Als Lenin von Badajew, einem bolschewistischen Deputierten in der zaristischen Duma, gefragt wurde, welche Gesetzesanträge die Bolschewiki einbringen sollten, antwortete er: ‚Ihr bringt am besten einen ‚Gesetzesentwurf' ein, der besagt, daß wir euch, ihr finsteren Großgrundbesitzer, in drei Jahren alle packen und an die Laternen pfähle hängen werden. Das würde ein richtiges ‚Gesetz' sein!',, *(Workers Vanguard* Nr. 217, 20. Oktober 1978). ■



Stamberg mit Streikposten der Zeitungsdrucker

Workers Vanguard Foto

Freiheit für Astrid Proll !

Astrid Proll, angeblich ehemaliges Mitglied der terroristischen neulinken Roten Armee Fraktion (in der bürgerlichen Presse im allgemeinen als „Baader-Meinhof-Bande" bezeichnet) wurde am 15. September aufgrund einer fremdenpolizeilichen Verordnung („Aliens Order") in der Kfz-Werkstatt in Nordlondon, wo sie als Ausbilder arbeitete, verhaftet. Die westdeutsche Regierung hat daraufhin aufgrund ihrer angeblichen Mittäterschaft bei zwei Mord- und Raubversuchen Anfang der siebziger Jahre ihre Auslieferung verlangt. Die Auslieferungsverhandlung ist jedoch um mehrere Wochen verschoben worden, weil die Frankfurter Staatsanwaltschaft Schwierigkeiten hatte, genügend Beweismaterial zur Untermauerung ihrer Anklage beizubringen.

Als damalige Studentin in Frankfurt kam Proll zum ersten Mal Ende der sechziger Jahre mit Mitgliedern der RAF in Kontakt. Im Mai 1971 wurde sie in Hamburg verhaftet und des versuchten Mordes an zwei Polizisten während eines früheren Zwischenfalls in Frankfurt angeklagt, in den die RAF angeblich verwickelt war. Vor ihrem Prozeß war sie zwei Jahre lang in Isolationshaft und wurde im „toten Trakt" des Köln-Ossendorfer Gefängnisses für lange Zeit der totalen Isolation unterworfen. Monatelang wurde sie ohne Unterbrechung in einem ganz und gar weißen, schalldichten Raum bei 24stündiger Beleuchtung gefangengehalten. Trotz dieser grausamen Behandlung weigerte sich Astrid Proll, der Polizei irgendwelche Informationen über die RAF zu geben oder „ein Geständnis abzulegen".

Infolge dieser Behandlung im Gefängnis litt sie, als ihr Prozeß Ende 1973 begann, an extrem niedrigem Blutdruck und hatte einen Kreislaufkollaps. Nach vier Monaten wurde sie gerichtsmedizinisch für verhandlungsunfähig erklärt. Der Prozeß wurde verschoben, und sie wurde gegen Kaution zum Zwecke der Rekonvaleszenz auf freien Fuß gesetzt. Dann floh sie nach England, wo sie seit vier Jahren lebt.

Astrid Prolls politische Aktivitäten beschränkten sich in Britannien auf Sozialarbeit und die Frauenbewegung. Und nur aufgrund dieser zuletzt ausgeübten, weitaus „respektableren" Aktivitäten ist ein Großteil der britischen Linken überhaupt bereit, sie zu verteidigen. Die Socialist Workers Party (SWP) geht sogar so weit in ihrer Argumentation zu erklären: „Sie hat jetzt keinerlei Kontakt mehr zur Roten Armee Fraktion. Man sollte ihr eine Chance geben" {*Socialist Worker*, 30. September 1978).

Im Gegensatz zur SWP oder der International Marxist Group, deren Schwesterorganisation in der BRD, die Gruppe Internationale Marxisten, sogar vor der minimalsten Verteidigung von RAF-Mitgliedern während der antiterroristischen Hexenjagd infolge der Schleyer-Entführung im letzten Jahr zurückschreckte, *verteidigt* die Spartacist League/Britain die *gesamte* Linke gegen Angriffe des kapitalistischen Staates. Wir weisen die von der RAF eingeschlagene Strategie des individuellen Terrors eindeutig zurück – eine politische Strategie der Verzweiflung, die sowohl substitutionalistisch als auch unproduktiv ist. Aber wir erkennen an, daß vor allem ein tief empfundener Haß auf die vom Kapitalismus erzeugte Unterdrückung Gruppen wie die RAF zu verzweifelten Aktionen gegen Vertreter des Klassenfeindes treibt, wie beispielsweise die Entführung des ehemaligen SS-Öffiziers und Unternehmers Hanns-Martin Schleyer. Als Leninisten beziehen wir den proletarischen Klassenstandpunkt und unterscheiden zwischen dem Terror des westdeutschen kapitalistischen Staates – den Schlächtern von Stammheim – und den irregeleiteten Taten der RAF.

Die Verhandlung über Astrid Prolls Auslieferung soll jetzt am 11. Dezember stattfinden. Eine Auslieferung an die BRD würde sie erneut dem grausamen Terror aussetzen, dem die Bourgeoisie angebliche Mitglieder der RAF unterwirft, und würde nur dazu dienen, die „Anti-Terror-Kampagne" des westdeutschen Staates erneut anzuheizen. Der „Kampf gegen den Terrorismus" ist die Grundlage, von der ausgehend der westdeutsche Staat eifrig seinen Repressionsapparat verstärkt, der letztendlich gegen die Kämpfe des Proletariats gerichtet ist. Wir fordern: Stoppt die Auslieferungsverhandlungen - Für die sofortige Freilassung von Astrid Proll! Für die sofortige Freilassung aller Mitglieder der RAF in westdeutschen Gefängnissen! Freiheit für alle linken Gefangenen!

- Übersetzt aus Spartacist Britain, Nr. 7, Dezember 19 78-Januar 1979

GIM-Konferenz . . .

Fortsetzung von Seite 32

blatt der *Kommunistischen Korrespondenz* zur GIM-Konferenz vom 4. Januar 1979, „Tauziehen im Sumpf").

Einheit gegen links

In dieser Atmosphäre des organisatorischen und politischen Niedergangs muß die Stimme eines leninistischen Kritikers natürlich „das Mißtrauen der Leitung" hervorrufen, die sich nicht anders zu helfen wußte, als den Genossen als angebliches TLD-Mitglied auszuschließen, um so jede inhaltliche Diskussion der von ihm aufgeworfenen Fragen von vornherein abzublocken. Der Genosse Siggi war aber nicht als TLD-Agent, sondern als Anhänger der damaligen GIM-Mehrheitsposition im November 1974 in die GIM eingetreten. Seit 1976 arbeitete er in der Ortsgruppe Bochum mit, diese zur Priorität im „nationalen Organisationsaufbau" erklärt worden war. 1977 wurde er in die Örtliche Leitung gewählt. Auch als Teil des politisch „breiten" und diffusen Zwischensumpfes betonte er die absolute Notwendigkeit, daß nicht die „konkreten politischen Fragen" der Betriebsund Gewerkschaftsarbeit, sondern allein die Klärung der entscheidenden Fragen bolschewistischer Politik einen Ausweg aus dem Teufelskreis von Handwerkelei und Stagnation bietet. Aufgrund der Unpopularität solch „sektiererischen" Ansinnens war er bei der Aufarbeitung der Geschichte seiner eigenen Organisation und der Konfrontation ihrer Politik mit den Prinzipien des Trotzkismus relativ isoliert. Seine Hinwendung zum Bolschewismus gipfelte schließlich in der Einreichung von zwei Beiträgen zur internen GIM-Diskussion

Der prompte Ausschluß rückwirkend zu dem Datum, an dem die Dokumente in der GIM-Zentrale eintrafen, verdeut-

licht, daß der einzige Ausschlußgrund die trotzkistischen Positionen des Genossen waren, und nicht irgendwelche Disziplinbrüche, die ihm nicht nachgewiesen wurden. Die Bedeutung dieses bürokratischen Aktes für die GIM ist somit bedeutend größer, als der Ausschluß von „nur" einem Mitglied vermuten läßt. In dem Protestschreiben der Ortsgruppe Tübingen gegen den Ausschluß des Genossen wird das Dilemma, in das sich die GIM hineinmanövriert hat, richtig festgestellt:
„Die Unterdrückung inhaltlicher Positionen wird von uns als bürokratisches Manöver gewertet, das eine Bevormundung der gesamten Mitgliedschaft darstellt, und wir protestieren gegen solche Maßnahmen, die wir (GIM) ja gerade bei anderen Organisationen so vehement kritisieren, wie das kürzlich im Fall des Karl Ludwig (DKP) - WT 231 – zurecht geschehen ist. Können wir – vor allem stalinistischen – anderen Organisationen unseren Demo-Zent noch glaubwürdig entgegenhalten, wenn wir selbst - aufgrund von Vermutungen Genossen ausschließen?!" (Schreiben vom 31. Oktober 1978).

Da der Genosse an die Nationale Konferenz appellierte, ihn wieder aufzunehmen, sah sich das Politische Büro gezwungen, eine „Dokumentation" zu dem Fall zu erstellen, die nur eines der beiden Dokumente Siggis enthielt und erst zu Beginn der Konferenz an die Delegierten ausgegeben wurde. Diese hatten also keine Gelegenheit, sich ernsthaft mit den politischen Positionen vertraut zu machen, derentwegen der Genosse ausgeschlossen worden war. Krönung der Dokumentation ist ein extrem unpolitisches und verleumderisches Elaborat „Zum Ausschluß des TLD-Mitglieds Siggi aus der OG Bochum" von Siegfried Kreischer (Kennern der GIM bekannt als „Experte" in Sachen Demokratie: Unter Kreischers Federführung betrieb die GIM im Herbst letzten Jahres eine Kampagne für eine „öffentliche Kontrolle", d. h. für die Demokratisierung des Verfassungsschutzes). Eine besondere „Perle" dieses Pamphlets ist folgende Passage:
„Die Erklärung des Genossen Barry Sheppard vor Gericht, daß die SWP keine Gewaltanwendung befürwortet, erklärt die Position der SWP zur proletarischen Revolution', die sich die TLD offenbar nur als Blutbad vorstellen kann."

Abgesehen davon, daß sich die Gegnerschaft zu jeglicher Gewalt des SWP-Anhängers Kreischer schon als Illusion in den durch die Geschichte tausendmal widerlegten „friedlichen Weg" entpuppen, hat sich der SWP-Sekretär zusätzlich gegen *jegliche* „illegale Aktivität" ausgesprochen (siehe „Für die trotzkistische Alternative!" in dieser Ausgabe). „Daß die TLD kleine Sekten großen Arbeiterparteien vorzieht", folgert Kreischer aus der Kritik des Genossen Siggi an Hugo Blancos Aufruf zur Bildung einer „großen Arbeiterpartei", deren Programm auf „zwei oder drei grundlegenden Punkten" fußen soll. Kreischer wird uns zustimmen müssen, daß auch die SPD z. B. „eine große Arbeiterpartei" ist, die er offenbar als wünschenswertes Ziel der peruanischen „Trotzkisten" ansieht, die so ein nächstes „Chile" miorbereiten.

Bei dieser Stimmungsmache und den „demokratischen Möglichkeiten" für den Genossen Siggi (so wurde ihm das Kreischer-Dokument erst eine halbe Stunde vor der Behandlung seines Tagesordnungspunktes auf der NK vom PB zugänglich gemacht) war die Bestätigung des Ausschlusses vorprogrammiert. Obwohl nur wenige Delegierte für die Wiederaufnahme stimmten, gab es eine bemerkenswert hohe Anzahl von Enthaltungen (ca. 20 Prozent). Diese Tatsache verdeutlicht die Hilflosigkeit vieler GIMler gegenüber der Politik ihrer Führung und gleichzeitig ihre Unfähigkeit, die Politik *ihrer eigenen Organisation einschätzen zu können.*

Nachdem offensichtlich wurde, daß es für Trotzkisten keine Möglichkeit gibt, innerhalb dieser verrotteten Organisation für eine bolschewistische Orientierung zu kämpfen, ist der Genosse mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands in Diskussionen getreten.

Eine Bestätigung unserer Umgruppierungstaktik

Die Hinwendung des Genossen Siggi zum Bolschewismus, seine Diskussionen nach dem Ausschluß aus der GIM über seinen Beitritt zur internationalen Spartacist Tendenz (iST), markieren einen Wendepunkt in der Entwicklung der TLD. Bot sich früher Elementen, die sich aus der GIM nach links entwickelten, der „kritisch"-pabloistische Spartacusbund als „Alternative" an, so ist dieses Hindernis, nicht ohne unser Hinzutun, so gut wie weggeräumt.

Dieses erfreuliche Ergebnis bestätigt erneut unsere Umgruppierungstaktik. Und wenn Siegfried Kreischer in seinem Pamphlet behauptet, die TLD wäre eine Sekte, die nur auf Kosten anderer Organisationen existieren könnte, so nehmen wir diesen Vorwurf gelassen hin. Er ist weder neu, noch besonders originell:

„...Die Brandlerianer sagen, daß wir eine ‚Sekte[4] sind, und sie für eine Massenbewegung eintreten. Allgemein gesprochen ist dies der klassische Vorwurf, den die Menschewisten den Bolschewisten entgegenschleudern ... ... Ob wir eine Sekte sind oder nicht, wird nicht von der Anzahl der Elemente entschieden werden, die gegenwärtig um unser Banner gruppiert sind, nicht einmal von der Qualität dieser Elemente ..., sondern vielmehr von der Totalität der Ideen, des Programms, der Taktik und Organisation, die unsere eigene Gruppe der Bewegung bieten

Kontaktadressen der internationalen Spartacist Tendenz

LIGUE TROTSKYSTE DE FRANCE
Le Bolchevik, BP 42109
F–75424 Paris cedex 09
SPARTACIST LEAGUE/BRITAIN
PO Box 185
GB-London, WC 1H 8JE
SPARTACIST LEAGUE OF AUSTRALIA/NEW ZEALAND
GPO Box 3473
Sydney, NSW, 2001, Australien
SPARTACIST LEAGUE/Ü.S.
P.O. Box 1377, GPO
New York, NY, 10001, USA
SPARTACIST STOCKHOLM
Spartacist Publishing Co.
c/o E. Davidson
Fack
S–102 60 Stockholm
TROTSKYIST LEAGUE OF CANADA
Box 7198, Station A
Toronto, Ontario, Kanada
TROTZKISTISCHE LIGA DEUTSCHLANDS
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

kann. Aus diesem Grunde ist im gegenwärtigen Stadium der Kampf der Linken Opposition vor allem ein Kampf für das Programm und für strategische Prinzipien. Zu sagen, daß wir die Bedürfnisse der Massen ansprechen müssen, und diese Binsenweisheit der Linken Opposition gegenüberzustellen, bedeutet, auf ein fatales Niveau von Vulgarität zu fallen. Denn unsere Aufgabe ist es, genau zu wissen, mit welchen Ideen wir uns an die Massen wenden, mit welchen Perspektiven wir ihre Forderungen, einschließlich ihrer Teilforderungen, weiterentwickeln wollen. .. Zu einer Zeit, wo wir gerade anfangen, die Kader zu erziehen und umzuerziehen, stellen die Brandlerianer die Massenarbeit der Kadererziehung gegenüber. Darum werden sie weder das eine, noch das andere haben. Weil sie heute keine Positionen zu grundlegenden Fragen haben und daher unfähig sind, ihre Kader wirklich zu erziehen und zu verbessern, verbringen sie ihre Zeit damit, eine Karikatur von Massenarbeit durchzuführen" (Trotsky, *Writings 1930/31*, S. 251 ff).

Unsere Orientierung der Umgruppierung unter subjektiv revolutionären Elementen geht davon aus, über eine Konfrontation um die grundlegenden programmatischen Fragen revolutionärer Politik die besten Elemente zur Schmiedung eines starken bolschewistischen Kaders zu gewinnen. Beim heutigen Entwicklungsstand der revolutionären Organisation (und das gilt auch für eine Organisation von der Größe der GIM) würde irgendeine Art von Pseudo-"Massenarbeit" nur zur politischen und organisatorischen Auflösung führen. Es ist reines Liquidatorentum, anzunehmen, eine kleine Organisation könne und müsse überall präsent sein, zu allen Fragen und Problemen der „Massen" Antworten geben. Dagegen geht es uns darum, die entscheidenden programmatischen Fragen den fortgeschrittenen Teilen der Klasse zu vermitteln. Und diese Elemente sind nun einmal nicht „unbefleckte" Proletarier, sondern orientieren sich an Organisationen der Arbeiterbewegung (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 10, „Revolutionäre Umgruppierung und kämpfende Propagandagruppe").

Daß wir uns nicht als selbstgenügsame Lehnstuhl-Revolutionäre, sondern als *kämpfende* Propagandagruppe verstehen, wird aus unserem Versuch deutlich, exemplarisch unsere *kommunistische* Alternative aufzuzeigen. Bei zunehmender Stärke bedeutet das gerade auch die Aufnahme einer trotzkistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Daß diese exemplarische Arbeit durchaus wichtige Erfolge verbuchen kann, zeigen z. B. die Wahlergebnisse von klassenkämpferischen Gewerkschaftskandidaten in den USA, die von der Spartacist League/US politisch unterstützt werden. Immer deutlicher wird, daß es für subjektiv trotzkistische Elemente nur zwei Möglichkeiten gibt: den orthodoxen Trotzkismus der internationalen Spartacist Tendenz oder die „Partei des gesamten Sumpfes" des Vereinigten Sekretariats.

Demokratischer Zentralismus oder bürokratischer Föderalismus

Zur Verteidigung des Bolschewismus !

„Ich für meinen Teil glaube, daß jedes Mitglied der Organisation alle Fragen, die unsere Aktivität umfassen, kennen, analysieren und kritisieren kann und muß. Es gibt keine ,Grenzen' für Irgendjemand. Das ist das ABC der Parteidemokratie."(Trotzki, Writings 1930,5. 301)

Ich ergreife die an diesem Wochenende stattfindende Nationale Konferenz als Gelegenheit, einem breiteren Teil von Genossinnen und Genossen meine Position zu meinem Ausschluß aus der GIM durch das ZK vom 21.10. darzustellen und Euch aufzurufen, für meine Wiederaufnahme in die GIM einzutreten.

Anlaß war die Einreichung der zwei von mir verfaßten Diskussionsbeiträge *Für die trotzkistische Alternative!* und *SPD und revolutionäre Politik* zur Veröffentlichung im *Rundbrief* im Rahmen der Vor-NK-Diskussion. Das PB reagierte - trotz seiner sonst allgemein bekannten Schludrigkeit - prompt: Schon zwei Tage nach Erhalt der Dokumente, am 13.10., beschloß es den Ausschlußantrag an das ZK gegen mich. Seine vom ZK übernommene Begründung ist ausdrücklich ein anscheinend in der GIM existierender Unvereinbarkeitsbeschluß (der bis dahin wahrscheinlich kaum jemandem in der GIM bekannt war):

„Die Beiträge machen deutlich, daß der Gen. Siggi in allen wesentlichen Fragen, die er in seinem Dokument behandelt (...), nicht mit den Positionen der GIM übereinstimmt, sondern stattdessen in allen diesen Fragen die Positionen der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD) vertritt." *(OIB* Nr. 158, vom 24.10.1978) Verkneifen wir uns einmal die Frage, welches „die Positionen der GIM" sind, mit denen es verboten ist, nicht übereinzustimmen – eine Frage auf die wahrscheinlich jedes Mitglied des ZK eine andere Antwort gegeben hätte. Vorausgesetzt also, es gäbe diese gemeinsame politische Grundlage der GIM und nicht eine Unmenge von offen oder versteckt existierenden Cliquen und Fraktionen, die alle wiederum jeder prinzipiellen Grundlage entbehren, selbst dann wäre mein Ausschluß allein aufgrund der von mir vertretenen politischen Grundsätze ein schwerwiegender Verstoß gegen die Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Dieser Ausschluß unterstreicht nur einmal mehr die Richtigkeit der von mir in meinen Dokumenten gezogenen Schlußfolgerungen und legt den antileninistischen Charakter der GIM und ihrer Führung schonungslos offen.

Grundlegende Elemente des demokratischen Zentralismus

Konstituierendes Element des demokratischen Zentralismus ist das Recht auf volle Freiheit der internen Kritik im Rahmen der von der Organisation dafür vorgesehenen Modalitäten (Beschränkung der Diskussionsperiode, interne Diskussionsorgane usw.). Da die Rechte der inneren Demokratie

eine Garantie *gegen* die mögliche Willkür der Führung und *für* die Opposition darstellen, darf es *keinerlei* Einschränkung der vertretbaren Positionen geben, denn sonst entscheidet ja die Führung, was ihr als Opposition noch genehm erscheint. Das wiederum öffnet der bürokratischen Willkür Tür und Tor (Vielleicht entledigt sich das PB der ProFra demnächst mit der Begründung, in ihrer Haltung zur Gewerkschaft – und das ist so ziemlich alles, was die ProFra an Positionen hat - vertrete sie nicht die Positionen der GIM, sondern der GOG und ähnlicher Gruppen und betreibe daher entristische Arbeit für die GOG in der GIM ...).

Wo zieht man da die Grenze? Was ist noch „im Rahmen des Vertretbaren" und was nicht? Ab wieviel Prozent „TLD-Positionen" muß man ausgeschlossen werden? – Daß, wenn man authentisch-trotzkistische Positionen bezieht, man mit der TLD identifiziert wird, ist nicht meine Schuld. Wie schnell das passiert, zeigt das Beispiel der Volksfront - laut Trotzki *das* Kriterium für kommunistische Politik -: Einzig die internationale Spartacist Tendenz, deren deutsche Sektion die TLD ist, nimmt – im Gegensatz zu *allen* anderen vorgeblich trotzkistischen Strömungen – die klassisch-trotzkistische Haltung der unversöhnlichen Opposition gegenüber den diversen Spielarten der institutionalisierten .Klassenkollaboration, von der Union de la Gauche bis zur Grünen Liste, ein.

Der zweite Eckpfeiler des demokratischen Zentralismus ist die Disziplin, das einheitliche Auftreten nach Außen. Wer gegen die Statuten verstößt und die Disziplin der Organisation bricht, muß damit rechnen, ausgeschlossen zu werden. Dieses Prinzip – Ausschluß nur bei Bruch der Disziplin und nicht wegen einer abweichenden Meinung – wurde von der Vierten Internationale, und nach ihrer Zerstörung vom Internationalen Komitee und der SWP immer betont. Interessanterweise ist der erste Ausschluß aus der SWP allein wegen politischer Positionen gegen Unterstützer der Revolutionary Tendency – dem Vorläufer der iST – durchgeführt worden, wegen ihrer konsequenten Verteidigung der revolutionären Prinzipien, derer sich die SWP-Führung Anfang der 60er Jahre entledigt hatte, um sich v. a. auf der Basis des gemeinsamen Hinterherlaufens hinter dem „unbewußten Trotzkisten" Fidel Castro mit Pablo/Mandels IS zum „Vereinigten Sekretariat" zusammenzutun.

Mir ist solch ein Bruch der Disziplin nicht nachgewiesen worden, es wurde nicht einmal versucht! Mit der *ausschließlich* politischen Begründung meines Ausschlusses machen PB und ZK deutlich, daß die GIM nicht die Kontinuität des Trotzkismus in Deutschland verkörpert.

Drittens hat Trotzki immer wieder betont, daß ohne umfassende politische Information der Mitgliedschaft die Formel des demokratischen Zentralismus zur leeren Hülle verkommt. PB/ZK sind auch hierbei eifrig bemüht, jeden Zweifel über den antileninistischen Charakter der GIM aus dem Weg zu räumen. Den Beschluß, meine Dokumente nicht im *Rundbrief* zu veröffentlichen, kann man nur als Entmündigung der GIM-Mitgliedschaft werten, die nach Meinung des ZK nicht reif genug ist, sich mit solchen Positionen auseinanderzusetzen. Darüberhinaus wird sie gezwungen, über meinen Appell auf Wiederaufnahme in die GIM allein aufgrund der dubiosen „Informationen" durch das PB/ZK zu entscheiden. Die vom ZK beschlossene Verteilung der Papiere auf der NK ändert nichts an dieser undemokratischen Vorgehensweise.

Daß der demokratische Zentralismus mit dem bolschewistischen Programm korrespondieren muß, habe ich bereits in meinem Papier *Für die trotzkistische Alternative!* aufgezeigt und nachgewiesen, daß die GIM beides nicht besitzt.

Die GIM ist ein loses Konglomerat diverser Cliquen und „Strömungen", die nur durch den löcherigen Regenschirm „IV. Internationale" zusammengehalten werden. Eine gemeinsame politische Basis existiert nicht. An Tricks, Manövern und offenen Disziplinsbrüchen ist so ziemlich alles erlaubt. Sobald jemand aber die gemeinsame opportunistische Grundlage der „Familie" angreift, formiert sich der breite Sumpf zum Holzhammer – aber allein gegen links.

Die Entwicklung eines „Agenten"

Für Trotzkisten ist der Vorwurf des Agententums nicht gerade neu. Nachdem man uns Wechsel- und wahlweise als Agenten des britischen, Hitler-, US- und russischen Sozialimperialismus verleumdet hat, ist es zumindest mal etwas Neues, wenn man mich des Agententums für eine trotzkistische Organisation bezichtigt. Nur ersetzen in diesem Fall, genau wie in allen anderen, Wunschdenken und bürokratische Verleumdungen den Hauch eines Beweises.

Im Rahmen meiner vom PB vermuteten „kurzfristigen entristischen Arbeit", die jetzt immerhin schon über vier Jahre dauert (was bei dem allgemeinen „Kader"-Verschleiß eine recht lange Zeit ist) habe ich mich zu den von mir vertretenen Positionen hin entwickelt. Nachdem ich mich entsprechend der nMA-Orientierung der IT lange von Kampagne zu Kampagne habe schleifen lassen, war ich das ewige Hinterherstolpern hinter allem, was in der linken Scene gerade Mode war, leid. Von dem Aufbau stabiler Arbeitsfelder um betriebliche Ansätze versprach ich mir die Möglichkeit zur Konsolidierung der Organisation und Entwicklung einer kommunistischen Politik. Doch schnell mußte ich einsehen, daß die von ProFra und „Zwischensumpf" angestrebte „Proletarisierung" nur die Übertragung der in der GIM üblichen Nachtrabpolitik auf ein anderes soziales Milieu bedeutete und keine qualitative Weiterentwicklung brachte.

Mir wurde klar, daß die Ursachen dieses tiefverwurzelten Opportunismus nicht in diesem oder jenem NK-Dokument, sondern viel, viel tiefer lagen. Sehr hilfreich war für mich das intensive Studium der Werke Leo Trotzkis. Außerdem beschäftigte ich mich intensiv mit Materialien zur trotzkistischen Weltbewegung und mit Geschichte und Positionen der sich auf den Trotzkismus berufenden Strömungen, v. a. meiner eigenen Organisation, d. h., dem „Internationalen Sekretariat", „Vereinigten Sekretariat" und ihrer deutschen Sektion. Als zentraler Punkt zum Verständnis der Politik der GIM und des VS zeigte sich mir der Bruch der Pablo/Mandel/Frank-Tendenz mit dem Trotzkismus Anfang der 50er Jahre und die damit einhergehende Spaltung und organisatorische Zerstörung der IV. Internationale. Ohne ein korrektes Verständnis der damals geführten Debatten und der Entwicklung wird man nicht zu einem Bruch mit dem pabloistischen Opportunismus gelangen.

Der Versuch, die Positionen, die ich mir angeeignet hatte, innerhalb der GIM zur Diskussion zu stellen und einen Kampf darum aufzunehmen war dann nicht nur folgerichtig, sondern entsprach auch den Rechten und sogar der Verpflichtung der Mitglieder durch das Statut der GIM:

> „Einzelne Mitglieder wie Tendenzen oder Fraktionen haben das Recht und die Pflicht, ihre Positionen in allen Organisationseinheiten zur Diskussion zu stellen und in den internen Publikationen der Sektion zu verbreiten." *(Statut der GIM,* Art. 32, Ziff. 10), 3. Abs.)

PB und ZK befinden sich damit in der absurden Situation, einen Genossen dafür ausgeschlossen zu haben, daß er der Weisung der Statuten nachgekommen ist (Wobei ich durchaus zugestehen will, daß solch ein Verhalten bei dem allgemein in der GIM herrschenden unverbindlichen

Verhältnis zur Organisation Bürokratenhirnen äußerst verdächtig erscheinen muß).

Auch nach meinem Ausschluß habe ich mich an den Aktivitäten der OG-Bochum beteiligt (soweit mir die Möglichkeit dazu gegeben wurde). Da das ZK beschlossen hat, meine Dokumente nicht im *Rundbrief* zu veröffentlichen, wie es von mir und auch einigen Ortsgruppen gefordert wurde, habe ich meine Dokumente mit einem Begleitschreiben an die Ortsgruppen, von denen ich die offizielle oder private Adresse hatte, verschickt und das PB über meine Aktion informiert.

Nun liegt es an Euch, sich gegen das bürokratische Ausschlußmanöver des PB/ZK zu wenden. Gleichzeitig fordere ich Euch auf, meine Dokumente zu studieren, mit mir in Diskussion zu treten um den Kampf für eine trotzkistische Alternative aufzunehmen. Nur ein Bruch mit allen Abarten der opportunistischen Nachtrabpolitik bietet einen Ausweg aus der Sackgasse des organisatorischen und politischen Liquidatorentum.

siggi (Bochum)

17.12.1978

Für Fragen und Diskussionen stehe ich Euch auch im Rahmen dieser NK zur Verfügung. Interessierten überlasse ich gerne alle meinen Fall betreffenden Materialien sowie eine Kopie meines Papiers *SPD und revolutionäre Politik.*

Für die trotzkistische Alternative

Das Bild, das die GIM abgibt, ist geprägt durch Impressionismus, buntschillernden und wandelnden Opportunismus und Stagnation. Selbst Winnie muß im *Rundbrief Ni.* 73 den „vielfachen Bruch in der Kontinuität bei Diskussion, politischer Linie und Kaderstamm" zugeben, und die organisatorische Misere kommt zumindest ansatzweise in der ZK-Resolution vom 9. Juli zum Ausdruck:

„Die Ortsgruppen und Zellen verselbständigen sich. Isoliert voneinander versuchen sie, eine eigene Praxis zu entwickeln. Das führt fast immer zu wenig ausgereiften und erfolglosen Versuchen, die überdies kaum einmal ehrlich und selbstkritisch bilanziert werden. Diese SB-isierung muß zum Zerfall der Organisation fuhren. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus wird stellenweise bereits offen abgelehnt und noch häufiger in der Praxis ignoriert. Die nationale Leitung kann es nicht wagen, auf seiner Anwendung zu bestehen. Das Selbstverständnis der revolutionären Organisation steht auf dem Spiel. Disziplin und politischer Zusammenhalt lösen sich auf." *(Organisationsinformationsbrief* Nr. 151, 20.7.1978)

Im Zusammenhang mit dem von Winnie erwähnten ständigen Wechsel auf Führungsebene, dem Verlust vieler aktiver Frauen wegen dem internen „Klima" in der Organisation, sowie dem generellen Durchlauf der Mitgliedschaft ergibt sich weniger das Bild einer Krise, als das des allgemeinen *Verfalls* der GIM.

Was aber die „Führung", die nicht führt und „keine ausreichende politische Basis in der GIM" hat (die „Führung" über sich selbst, *OIB* Nr. 151), zu bieten hat, sind nur die neuesten Impressionismen und organisatorische „Kompromißbereitschaft". Nach Selbstliquidierung in der titoistischen UAP, tiefem „Entrismus sui generis" in der SPD, Hochjubelung der „Radikalisierung der Jugend", „neue Massenavantgarde", Chile- und Portugalsolidarität, Hinterherjagen hinter AKW- und Frauenbewegung und seit kurzem sogar Auflösung im jungfräulichen Proletariat (bei der ProFra) zum Aufbau von syndikalistisch-reformistischen Betriebsgruppen kommen jetzt die „Sozialistische Wochenzeitung" und die „Sozialistische Alternative" (vorwärts im Aufbau einer besseren Sozialdemokratie!).

Genossen, dieses Dokument ist nicht „konstruktiv" im Winnie Wolf-Stil. Zweck dieses Papiers ist nicht, nach oberflächlicher „Kritik" schon begangener Irrwege, die neueste liquidatorische Sackgasse anzupreisen. Es ist notwendig, eine Bilanz der GIM-Politik im Kontext des gesamten Dachverbandes zu ziehen. Das ist die einzig wirklich konstruktive Weise, in die verfahrene Situation einzugreifen.

Trotzdem kann die gegenwärtige Politik der GIM (und ihrer großen Brüder im VS) nicht richtig verstanden werden, ohne die politische Kontinuität seit der Spaltung von 1952/ 53, die die Vierte Internationale organisatorisch zerstört hat, anzuerkennen (Pablo/Mandels „Entrismus sui generis", also Auflösung in stalinistische und sozialdemokratische Parteien; Feiern von Typen wie Castro oder Ho-Chi-Minh als unbewußte Trotzkisten; Glorifizierung von Ben Bellas Regime in Algerien als, Arbeiter- und Bauernregierung usw.). Auch werden nicht alle Bereiche der GIM-Politik behandelt.

Die SB-isierung der GIM

Die „SB-isierung" der GIM wird von der „Leitung" im wesentlichen organisatorisch verstanden. So heißt es beispielsweise in der ZK-Resolution vom 9. Juli:

„Die bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind taktischer und nicht grundsätzlicher Art. Wäre das anders, dann wäre die GIM ein prinzipienloser Block ..." *(OIB* Nr. 151)

Fürwahr! Und diese klassische Tautologie dient dann als Basis für den Aufruf zur Schließung fauler Kompromisse zwischen den bestehenden Fraktionen und Gruppierungen.

Was SB-isierung wirklich beinhaltet, und der Ausdruck ist recht passend für die Entwicklung der GIM, ist die zunehmende Anpassung an das linkssozialdemokratische Milieu. Ein Grundstein dieser Orientierung ist die „Sozialistische Wochenzeitung". Für Trotzkisten bedeutet revolutionäre Propaganda „aussprechen, was ist". Das heißt, in aller Klarheit die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu erklären, warum diese historische Aufgabe auch direkt aus den Tagesnöten der Massen erwächst und wie und mit welchen Mitteln man da hingelangt. Die „Sozialistische Wochenzeitung" bedeutet dagegen, die GIM zum Möchtegern- Sprachrohr des diffusen, verrotteten Milieus am Rande der SPD zu machen - SOAK, Jusos, SB usw. Der GIM mangelt es zwar am notwendigen organisatorischen Gewicht und politischen Einfluß, doch die Appetite sind klar.

Winnie versichert natürlich, daß die „Sozialistische Wochenzeitung" „keinerlei politische Abstriche vom revolutionär-marxistischen Programm, auf dessen Grundlage sie herausgegeben wird", machen wird *(Rundbrief* Nr. 78). Doch diese Behauptung ist absurd. Nur ein revolutionäres Parteiorgan auf der Grundlage des vollen Übergangsprogramms macht *keine* Abstriche vom Programm. Zweitens macht die *was tun* auch schon allerlei Abstriche und wird trotzdem noch als zu „eng" empfunden. Die „Linke" entwickelt sich zunehmend nach rechts, und Winnie & Co. möchten sich

selbst von der Last des *vorgeblichen* Trotzkismus befreien, aus der *was tun* soll die „Sozialistische Wochenzeitung" werden, um nicht den Anschluß an das nach rechts driftende Milieu zu verpassen, Winnie, der auf der ausserordentlichen NK im Juni so schamlos mit Lenin- und Kominternzitaten zur Unterstützung seines Zeitungsprojektes jonglierte, wäre beim Versuch, der Komintern beizutreten, schon an der ersten der einundzwanzig „Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale" gescheitert: „1. Die *gesamte Propaganda* und *Agitation* muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen. (...) In den Spalten der Presse (...) ist es notwendig, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, systematisch und unbarmherzig zu brandmarken." (7. Sitzung des II. Kongresses der KI am 30.6.1920) Und Trotzki hat übrigens schon Stellung bezogen zur „Sozialistischen Wochenzeitung" – vor mehr als vierzig Jahren. Als Raymond Molinier und Pierre Frank 1935 eine „Massenzeitung" herausgeben wollten, im „Geiste" des Trotzkismus, aber ausgehend von einer Handvoll aktueller Losungen (ähnliches ist ja auch für die „Sozialistische Wochenzeitung" geplant), betrachtete Trotzki dies als einen so schwerwiegenden Bruch mit leninistischen Prinzipien, daß er mit der Molinier / Frank-Tendenz spaltete.

„Was die Massen von einer Zeitung verlangen können, ist *ein klares Programm und eine korrekte Orientierung.* Aber genau zu dieser Frage schweigt der Appell. Warum? Weil er seine Ideen mehr verschweigen, als ausdrücken will. Er akzeptiert das SAPistische (zentristische) Rezept: bei der Suche nach dem Weg des geringsten Widerstandes *nicht aussprechen, was ist.* Das Programmier Vierten Internationale, das ist für ‚uns\ für die großen Tiere in der Führung. Und die Massen? Was sind die Massen? Sie können sich begnügen mit einem Viertel, oder sogar einem Zehntel des Programms. Diese Mentalität nennen wir elitär, von sowohl einer opportunistischen, als auch, zur selben Zeit, einer abenteuerlichen Art. Es ist eine sehr gefährliche Haltung, Genossen. Das ist nicht die Haltung eines Marxisten." (Trotsky, The Crisis of the French Section, S. 99)

Es gab allerdings einen Unterschied zwischen dem Vorhaben von Molinier/Frank damals und dem der GIM-Führungsclique heute: Die Ersteren sind hinter der Pivert-Gruppe in der französischen Sozialdemokratie hergerannt. Und die Pivertisten waren wirkliche *Zentristen*: in Worten für die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats, revolutionären Internationalismus, gegen Klassenkollaboration usw. Nicht nur das; sie waren aus einem Prozeß der Linksentwicklung hervorgegangen - unter dem Druck der Niederlagen des Proletariats in Deutschland 1933 und Österreich 1934 und des Rechtskurses der Komintern. Bei den Pivertisten gab es die Möglichkeit einer größeren Umgruppierung, wenn man die nötige taktische Geschicklichkeit mit stählerner Programmatik verbunden hätte, anstatt wie Molinier/ Frank mit opportunistischen Manövern den Namen des Trotzkismus zu diskreditieren. Die „Sozialistische Wochenzeitung" und „Sozialistische Alternative" stellen dagegen eine Anbiederung an ein Milieu dar, das im Begriff ist, immer kriecherischer in seinem Reformismus zu werden. Die Möglichkeiten einer Umgruppierung aus diesem Sumpf sind gegenwärtig schlecht – das Umgekehrte ist wahrscheinlicher, daß Teile der GIM dort vollkommen versacken werden.

Auf jeden Fall wird eine *trotzkistische* Umgruppierung von linken Jusos, SBlern usw. nur durch eine harte programmatische Konfrontation erreicht werden können, auch auf die Gefahr hin, sich von der „Bewegung" zu isolieren:

„Mit dem richtigen Programm momentan in der Minorität zu sein – quod Organisation – ist *immer* noch besser, als ohne Programm einen großen, aber dabei fast nominellen Scheinanhang zu haben." *(MEW* 35, 403)

Trotzki widmete der Frage des Parteiorgans – dem Organisierungs- und Rekrutierungsinstrument für die Partei – während seiner Polemik gegen die Mo linier /Frank-Gruppe 1935 so viel Aufmerksamkeit, weil zu dieser Zeit die Frage der Zeitung ein besonders klarer Ausdruck der Partei-Frage war. Der Wunsch der Molinier/Frank-Tendenz, hinter dem linken Flügel der Sozialdemokratie herzutraben, stimmt mit dem Wunsch der verschiedenen VS-Sektionen überein, hinter allem herzurennen, was sich bewegt und kämpft. Die Zeitungskonzeption von Molinier/Frank war ein Ausdruck ihrer Vor Stellungen vom Programm. So auch heute, wo die Debatten im VS, die die *Socialist Challenge* hervorgebracht haben, die Diskussion um die „Sozialistische Wochenzeitung", bloß ein sichtbarer Ausdruck für die Tatsache sind, daß das VS keine Konzeption des trotzkistischen Programms besitzt.

Dafür ist die GIM das beste Beispiel: die schon sprichwörtliche Schlampigkeit, Un Verbindlichkeit und bis an Autonomie grenzende Lokal- und Bereichsborniertheit, kurzum die Unbekümmertheit der eigenen Organisation gegenüber, sind logische Konsequenzen aus der Gleichgültigkeit Programm- und Prinzipienfragen gegenüber. Eine Partei ist der organisatorische Ausdruck eines gegebenen Programms, und besonders die organisatorischen Sitten und Gepflogenheiten sind in letzter Konsequenz Ausdruck des Programms. So kann demokratischer Zentralismus als die Gesamtheit der organisatorischen Normen, die aus dem bolschewistischen Programm abgeleitet werden, definiert werden, so daß wirklicher demokratischer Zentralismus auch nur in einer Organisation, die auf dem bolschewistischen Programm steht, herrschen kann. Die allgemein anerkannte Beobachtung, daß in der GIM kein demokratischer Zentralismus existiert, läuft daher letztendlich auf die logische Feststellung hinaus, daß die GIM nicht das trotzkistische Programm besitzt.

So leugnet das neueste „Grundlagendokument" des VS, *Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats,* trotz seiner gegenteiligen Beteuerungen, die unersetzliche Rolle der bolschewistischen Partei als Führung jeder proletarischen Revolution. Das Dokument argumentiert, daß „die Freiheit der Organisation in verschiedenen Gruppen, Tendenzen und Parteien *ohne ideologische Einschränkung* eine *Vorbedingung für die Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse"* ist (*Inprekorr*, deutschsprachige Ausgabe/Nr. 84/85, 28.7.1977, S, 5). Natürlich wird die Avantgardepartei die legale Existenz von Arbeiterorganisationen aufrechterhalten. Aber das reicht dem VS nicht, das nicht nur bürgerliche Organisationen verteidigen will, sondern erklärt, daß die trotzkistische Avantgardepartei nicht berechtigt ist, die konterrevolutionären *Aktivitäten* von Seiten der bürgerlichen Parteien zu verfolgen, denn: „Wo soll man da die Grenze ziehen?" Und anstatt der Führungsrolle der Arbeiterklasse, unter Leitung der leninistischen Partei, finden wir die Notwendigkeit der „Freiheit der Organisation und der Aktion (!!!) *unabhängiger* Bewegungen der Emanzipation der Frau, der nationalen Befreiung und der Jugend..." (ebenda, S. 8).

Dagegen hatte Lenin nicht solche „demokratischen" Illusionen:

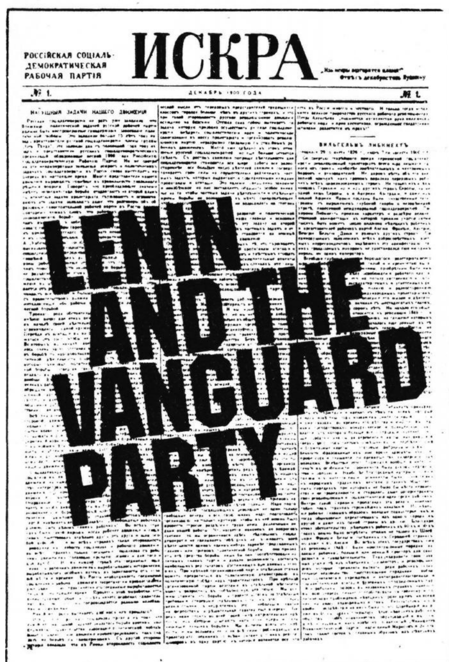
„Die Bourgeoisie ist (in der ganzen Welt) noch stärker als wir, und zwar um ein vielfaches. Ihr *noch* eine solche

Waffe zu geben wie die Freiheit der politischen Organisation (...) hieße dem Feind die Sache zu erleichtern, hieße dem Klassenfeind helfen. Wir wollen nicht Selbstmord begehen, und deshalb werden wir das nicht tun.“ (LW 32, S. 529)

Aktionsprogrammverschnitt oder Übergangsprogramm

Der entscheidende Knackpunkt der Differenzen, die alle Gruppierungen in der GIM, von der „Leitung“ über den „Zwischensumpf[4] bis hin zur ProFra, vom Trotzkismus trennen, ist die Frage des Programms und der Partei. Alle hängen sich an irgendeine „Bewegung“ an, zur Not tun's auch mehrere. Und der heftige Streit geht allein darum, vor wem man aktuell am tiefsten in die Knie geht. Auf jeden Fall trabt man eifrig hinterher, paßt sich dem dort vorherrschenden Bewußtsein an - um sich später über „verpaßte Gelegenheiten“ zu beklagen. Klar, als Schwanz der Bewegung kann man nicht führen.

Insofern bringt der Resolutionsentwurf zur NK absolut nichts Neues. In keinem Punkt herrscht größeres Chaos, als zur Programmfrage. Es wimmelt nur so von „Aktionsprogrammen“, „Gesamtprogrammen“, „Kampfprogrammen für die Massen“, „wesentlichen Programmbestandteilen“ usw. usf. Ein Aktionsprogramm soll zuerst für die GIM (*RB* Nr. 78, S. 22), dann „für alle klassenkämpferischen Kräfte“ (S. 21) entwickelt werden. Der Gipfel des Revisionismus ist dann ' die Vorstellung, daß diesem Aktionsprogramm, das – wohlgemerkt - auf der „Methodik des Übergangsprogramms“ beruhen soll, die „Hauptaufgabe“ zugedacht wird, „eine Brücke zu schlagen ins reformistische Lager“ (S. 23).



„Eine der großen Leistungen der Bolschewiki war, zu erkennen, daß eine politische Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse die Vorbedingung für die proletarische Revolution ist.“ (James Robertson, ZK der Spartacist League/U.S., Februar 1973)

Nur hoffnungslose „Sektierer“ und „Dogmatiker“ können noch behaupten, daß das Übergangsprogramm dem reformistischen Minimalprogramm absolut feindlich und unvereinbar gegenübersteht. Nein, das war vielleicht 1938 so! Heute sieht diese berüchtigte „Methodik des Übergangsprogramms“, diese Universalformel gegen die *wirkliche* Anwendung des Übergangsprogramms, anders aus:

> „Hauptsache ist in jedem Fall Massenaktion und Massenmobilmachung, um die Dynamik der Selbsttätigkeit und der kollektiven Aktivität zu entfalten.“ (Mandel, Die Strategie der Übergangsforderungen, Veritas-Verlag, S. 88)

Anders ausgedrückt: Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts!

Trotzki dagegen definierte die Methode des Übergangsprogramms als ein „System von Maßnahmen, die – unter einer Arbeiter- und Bauernregierung – den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sichern sollen“ (Wohin geht Frankreich?, S. 28). Und auch die Argumente gegen das Übergangsprogramm, mit denen Trotzki sich auseinandersetzen mußte, sind dieselben geblieben. Trotzki hat *sein* Verständnis des Programms recht klar zum Ausdruck gebracht:

> „In der ersten Linie (muß eine revolutionäre Partei, Anm. d.d.A.) ein klares, ehrliches Bild der objektiven Situation, der historischen Aufgaben geben, die aus der Situation entspringen, ohne Rücksicht darauf, ob die Arbeiter dafür reif sind oder nicht. Unsere Aufgabe ist es, das Bewußtsein der Arbeiter zu entwickeln. Das ist das, was das Programm formulieren und den vorgeschrittenen Arbeitern vorstellen sollte. Einige werden sagen: gut, das Programm ist ein wissenschaftliches Programm; es korrespondiert mit der objektiven Situation, aber wenn die Arbeiter dieses Programm nicht akzeptieren werden, wird es steril sein. Möglich. Aber das bedeutet nur, daß die Arbeiter niedergeschlagen werden, da ja die Krise in keiner anderen Art außer durch die sozialistische Revolution gelöst werden kann.“ (The Transitional Program for Socialist Revolution, S. 157)

Unbeachtet dieser eindeutigen Aussagen kocht man in der GIM das Übergangsprogramm solange herunter, bis es steril genug ist, um als „kritische“ Hilfestellung dieser oder jener reformistischen Irreführer zu dienen.

AKW, AKL, Grüne und Bunte Listen

So viel zu den „Perspektiven“ der ZK-Resolution. Was kann die „Leitung“ nun als „Leistung“ in der zurückliegenden Periode für sich verbuchen?

Viel Aufsehen erregte bis vor kurzem die Anti-AKW-Bewegung. So ist es nicht verwunderlich, daß die GIM auch am Schwanz dieser Bewegung vorzufinden war. Die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise versaut die „Umwelt“ seit ihrer Existenz. Die Nebenprodukte der planlosen, profitorientierten Produktion drohen zunehmend unübersehbare Folgen für die Zukunft anzunehmen. Aber AKWs sind keine „neue Qualität“, und das Hinterherlaufen hinter einer „grünen“ Bewegung wird sie nie rot machen. Die Anti- AKW-Bewegung ist eine utopische, kleinbürgerlich-reformerische Reaktion auf einige - und nicht die gefährlichsten – Ergebnisse des Widerspruchs zwischen dem Stand der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen.

Jetzt, wo die Spaltung der „Bewegung“ gegeben ist, schreibt die *was tun* gelegentlich über eine „Sozialistische Alternative“ (natürlich nicht über die Notwendigkeit einer

revolutionären kommunistischen Partei). Aber auch das ist pure Nachtrabpolitik - die Spaltung der Bewegung ging von den Rechten aus. Vor der Spaltung gab's ja die „grüne“ *was tun*(Nr. 148,22.9.1977), und man war immerhin bereit, ein Bündnis mit dem Grafen von Gorleben in Kauf zu nehmen, „denn zur Zeit steht nicht die Enteignung des Grafen auf der Tagesordnung, sondern die Verhinderung einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und anderswo“ *(was tun* Nr. 148, 3.3.1977). Wohl eine der unappetitlichsten Etappentheorien in der Geschichte der Arbeiterbewegung!

Die Haltung der GIM zu den „grünen“ und „bunten“ Listen ist dieselbe Nachtrabpolitik. Sonja nennt sie Minivolksfronten, d. h. bürgerliche Formationen unter Teilnahme von sozialistischen Gruppen, und gleichzeitig wird ihre „kritische“ Unterstützung proklamiert. Tatsächlich stellen die „Grünen“ und „Bunten“ in keiner Weise die proletarische Klassenunabhängigkeit dar, nicht organisatorisch, nicht programmatisch, nicht einmal vom Namen her, aber gerade diese Tatsache schließt eine kritische Wahlunterstützung für Trotzkisten aus! Sonst ist „kritische Wahlunterstützung“ nur eine „kritische“ Überschreitung der Klassenlinie!

Die Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiter Staaten

Es gibt allerdings einen Aspekt der „Atomkraft'-Frage, der von lebenswichtiger Bedeutung für das Proletariat ist: die nukleare Bewaffnung des Imperialismus. Dieses ungeheure Waffenarsenal richtet sich vornehmlich gegen die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten – in erster Linie die Sowjetunion. Und in ihrem Kampf gegen die UdSSR sind die Imperialisten, die nicht durch historische Rationalität gekennzeichnet sind, durchaus imstande, die Gattung Mensch auszulöschen.

Aber gerade in dieser entscheidenden Frage, die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution (und gleichzeitig die Frage „Sozialismus oder Barbarei“), ist die GIM allzu bereit, „Kompromisse“ zu schließen. Der Blockpartner der GIM zur Schaffung des Aktionskreis Leben, Heinz Brandt, wird in der *was tun* immer nur als der nette, alte Klassenkämpfer dargestellt. Daß er gleichzeitig *die Sowjetunion* als die größte Gefahr für den Frieden in Europa ansieht und sie gerne durch die Imperialisten entwaffnen lassen würde, ist wahrscheinlich den wenigsten Genossen bekannt, geschweige denn, daß die GIM solch notorischem Antikommunismus entgegentritt. (Wer's nicht glaubt, schaue einmal in diverse Interviews und Berichte von gemeinsamen Veranstaltungen in der *Roten Fahne* der KPD.)

Wenngleich die GIM noch nicht so weit gegangen ist, wie die amerikanische SWP, die eine Fusion mit harten Vertretern der Staatskapitalismus-Theorie durchgeführt hat (gemäß dem SWP-Slogan: „Our party is your party!“), und die für die „Beschränkung“ des sowjetischen Verteidungspotentials eintritt, zeigt die GIM auch starke Tendenzen, unter Druck des Antikommunismus im linkssozialdemokratischen Milieu Abstriche von der trotzkistischen Position der militärischen Verteidigung der Arbeiterstaaten zu machen. Beispielsweise, was wird die „Sozialistische Alternative“ zur *bedingungslosen* militärischen Verteidigung der Sowjetunion sagen? Natürlich nichts, genauso wenig wie in der Wahlplattform der LCR/OCT zu den französischen Wahlen was drin stand – das hätte die „revolutionären Genossen“ der maoistischen OCT vergrault. Für Trotzkisten dagegen ist die militärische Verteidigung der Sowjetunion ein Grundstein kommunistischer Politik.

Gerade jetzt, wo die Maoisten implizit oder explizit die NATO unterstützen, wo sich die stalinistischen Massenparteien zunehmend in Richtung eines rein nationalen Reformismus entwickeln, und überhaupt in Deutschland, wo Anti-Kommunismus und Anti-Sowjetismus von besonderer Virulenz sind, müssen Trotzkisten diese Position zu einem zentralen Aspekt ihrer Propaganda machen.

Aber gerade die „Politische Resolution“ der ZK-Mehrheit macht einen Riesenschritt in Richtung Renegatentum in der russischen Frage. Mit den Forderungen *„Abzug aller ausländischen Truppen aus der BRD und der DDR“* und *„Austritt der BRD aus der Nato und der EG (...) Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt“* (Beilage zur *was tun* Nr. 227, 14.9.1978, S. 8) setzt die ZK-Mehrheit in krimineller Weise die militärischen Verteidigungskräfte der Sowjetunion und des Ostblocks mit den Horden des Imperialismusgleich. Trotzkisten treten für die effektivste und vollständige militärische Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiter Staaten gegen den Imperialismus ein, und sind somit gegen den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt, trotz der Tatsache, daß die Verrätereien der stalinistischen Bürokratie bedeuten, daß man kein Vertrauen in die Erklärungen der Bürokratie bezüglich der Notwendigkeit ihrer eigenen Verteidigung setzen kann. Die verbrecherischen Rivalitäten, bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen, zwischen verschiedenen „Sozialismus in einem Land“ (UdSSR/China, Vietnam/Kambodscha, China/Albanien usw.) sind das beste Beispiel dafür. In solchen zwischenbürokratischen Kämpfen dürfen Trotzkisten *keine* Seite unterstützen.

Natürlich ist klar, daß in einer Situation, wo die russischen Streitkräfte die Gewehre gegen ein aufständisches Proletariat richten (wie 1953 in der DDR), Trotzkisten dann den Abzug der Truppen fordern. Aber im Gegensatz zur ZK- Resolution wissen Trotzkisten, daß die Rolle der stalinistischen Bürokratie eine *widersprüchliche* ist, weil ihre Herrschaft auf dem staatlichen Eigentum an Produktionsmitteln beruht. Kommunisten sind entschieden gegen die militärische Entblößung Osteuropas vor den imperialistischen Mörderbanden.

Im Grunde ist natürlich eine wirklich effektive Verteidigung der Errungenschaften der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten nur durch die politische Revolution zur Erringung der Sowjetdemokratie möglich. Und eine erfolgreiche Revolution wird nur unter der Führung einer trotzkistischen Avantgardepartei stattfinden. Die politische Revolution wird nicht von linken Stalinisten wie Dubcek oder der Reihe von Dissidenten, die nach imperialistischen ökonomischen Sanktionen gegen die Sowjetunion, der Anwendung der Vereinbarungen von Helsinki rufen oder an die UNO appellieren, gemacht.

Bei dem generellen Anti-DDR-Klima unter der Ägide des westdeutschen Imperialismus ist es leicht für die GIM, nach der „Politischen Revolution“ in den Warschauer-Pakt- Staaten zu rufen. Aber die GIM weigert sich, für den Aufbau trotzkistischer Parteien in diesen Ländern zu kämpfen. Stattdessen feiert sie, wie auch Mandel, das Geschnatter von staatskapitalistischen, pro-imperialistischen oder links-stalinistischen „Dissidenten“. Die GIM geht sogar soweit, „freie Wahlen in ganz Deutschland“ zu fordern, was heute nur die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage bedeuten kann. Wie ich in meinem Dokument *SPD und revolutionäre Politik* gezeigt habe, war dies die Position von Mandel zum Ostberliner Aufstand von 1953, und es ist auch heute die Position der GIM.

International geht das VS noch weiter. Jahrelang hat

man sich explizit geweigert, zur politischen Revolution in Kuba oder Vietnam aufzurufen (dies war einer der wenigen Punkte, zu dem Mehrheit und Minderheit vor dem X. Weltkongreß übereinstimmten). Und was braucht man eine politische Revolution in China, wenn Mandel Mao Tse-tung als einen großen Revolutionär feiert *(Intercontinental Press* vol. 14, Nr. 36,27.9.1976)? Gar nicht zu erwähnen die Notwendigkeit einer trotzkistischen Partei in diesen Ländern!

Bahro-Verteidigungskampagne

Die Bahro-Verteidigungsarbeit ist ein weiteres eklatantes Beispiel für die zunehmende Anbiederung der GIM an die Sozialdemokratie. Es ist selbstverständlich, daß Bahro gegen die verbrecherische Willkür der DDR-Bürokratie verteidigt werden muß. Die Anklage der Spionage ist absurd, und wir treten für seine sofortige Freilassung ein. Aber die Haltung der GIM ist überwiegend unkritische Verherrlichung. Bahro ist nicht ein „großherziger Revolutionär“ (Mandel), sondern ein liberal-stalinistischer Ex-Bürokrat, der sich politisch in der Tradition der Eurokommunisten und Dubceks sieht. Er ist nicht für die sozialistische Weltrevolution, er vertritt nicht eine politische Revolution der Arbeiter zur (Wiedererrichtung der Rätedemokratie in den Arbeiterstaaten, die portugiesische KP hat er von *rechts* kritisiert, weil ihr Bündnis mit dem MFA-Offizierskorps ihm nicht breit genug war.

Trotzkisten suchen auch die Möglichkeit, Aktionseinheiten für die Freilassung Rudolf Bahros einzugehen – wenn das der tatsächliche Zweck dieser Aktionseinheiten ist. Die SPD/Langer Marsch/SB-Kampagne ist unter dem gegebenen Kräfteverhältnis zwangsläufig eine Anti-DDR-Kampagne auf der Grundlage der sozialdemokratischen Verteidigung der *bürgerlichen* Demokratie. Daß die Bahro-Komitees auf Mitgliederbasis arbeiten, erhellt nur ihren Charakter als Blöcke für die Verbreitung von sozialdemokratischem/ eurokommunistischem Gelaber - und nicht Aktionseinheiten zur Verteidigung von Bahro nach dem Grundsatz „getrennt marschieren, vereint schlagen!“ (So schloß in Berlin das Bahro- Komitee einen Beobachter der TLD mit der Begründung aus, die TLD sei eine demokratisch-zentralistische Organisation und könne deshalb in einem Personenkomitee nicht mitarbeiten. Außerdem sei ihre Position zur DDR - militärische Verteidigung – ja bekannt Ein Vertreter der Ortsleitung der Berliner OG stimmte diesem Ausschluß zu!)

Die GIM im „Deutschen Herbst“

Der Gradmesser für die revolutionäre Standhaftigkeit einer Organisation ist, wie sie sich unter Druck verhält, im letzten Jahr war die GIM, wie die gesamte westdeutsche Linke, während der wütenden Anti-Terror-Hetze einem besonders scharfen Druck ausgesetzt. Die Organisation, die lateinamerikanische Guerillas und die Ermordung Carrero Blancos hochjubelte, deren französische Schwesterorganisation den palästinensischen Anschlag von München 1972 verteidigte (letzterer ein Fall von kriminellem Terror), entdeckt ihre Liebe für die Respektabilität. Überschriften wie „Der individuelle Terror nützt nur den Rechten“ *(was tun* Nr. 175, 15.9.1977) nützen wirklich nur den Rechten.

Obwohl Marxisten die Strategie des individuellen Terrors als Ablenkung und Irrweg von der revolutionären Mobilisierung des Proletariats scharf ablehnen und *politisch* bekämpfen, ist es ein Gebot der elementaren Solidarität, linke politische Gefangene und Gruppen gegen die bürgerliche Repression zu verteidigen und ihre Freilassung zu fordern. Die GIM reagierte typisch schwankend: Stadtguerilla kann man „woanders“ begrüßen, nur nicht zuhause. Große Sprüche über Carrero Blanco, aber wenn „sowas“ in Deutschland passiert, verkündet die GIM ein „Programm gegen den Terror“! Dieses Verhalten ist klassisch: „revolutionär in Worten (vor allem, wenn man in keiner Weise betroffen ist) und opportunistisch in Taten“.

Die Kapitulation der GIM in der Frage des linken Terrorismus ist logisch, da weder die GIM, noch das VS je eine marxistische Kritik an den Land- und Stadtguerilla- Strategien geliefert haben. Leninisten bekämpfen den Guerillaismus politisch (außer als *Taktik im Bürgerkrieg*) als *bonapartistische* Strategie: die Mobilisierung der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution, für die Errichtung der Sowjetmacht, kann weder von Land-, noch Stadtguerillas erreicht werden, die klandestin, isoliert von den Arbeitermassen arbeiten müssen. Regime, die auf dem Sieg solcher militärischer Gruppen beruhen, schweben deshalb als bürokratische Apparate über den Massen – oft als bürgerliche Diktaturen (Pilsudskis Polen, Algerien unter Ben Bella wie Boumedienne, Angola unter der MPLA), unter außergewöhnlichen Umständen als bürokratisch deformierte Arbeit er Staaten (China, Kuba usw.). Bis heute war das VS nicht fähig oder willens zu verstehen, daß Kuba ein deformierter Arbeiterstaat ist, seitdem Castros kleinbürgerliche Nationalisten der Bewegung des 26. Juli durch die wachsende Feindseligkeit vor allem des US-Imperialismus, den von Hubert Matos geführten bewaffneten Aufstand Mitte 1960 und die Abspaltung der pro-imperialistischen Elemente von Castro zu den massiven Nationalisierungen aller wichtigen Industrien im Oktober/ November 1960 gezwungen worden waren.

Für die GIM und das VS ist die Guerilla-Orientierung eine Frage des *Erfolgs*: Fidel Castro hat es geschafft, Andreas Baader nicht. Wer jetzt auf die Kritik von Joseph Hansen und der LTF an der Resolution des IX. Weltkongresses hinweist, soll seine Geschichte genauer studieren. In dem Dokument der SWP zur Wiedervereinigung 1963 heißt es:

> „Auf dem Wege einer Revolution, die mit einfachen demokratischen Forderungen beginnt und der Zerschlagung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse endet, kann ein von landlosen Bauern und halbproletarischen Elementen geführter Guerillakrieg unter einer Führung, die zu dem Entschluß kommt, die Revolution bis zum Ende zu treiben, eine entscheidende Rolle bei der Schwächung und beim Sturz der kolonialen und halbkolonialen Macht spielen. Das ist eine der wichtigsten Lehren aus der Erfahrung seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie muß zielbewußt in die *Strategie* für den Aufbau von revolutionären Parteien in kolonialen Ländern einbezogen werden.“ (Für die baldige Wiedervereinigung der trotzkistischen

„Vereinigtes Sekretariat: Vorwärts zur 2¼ Internationale“

in *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 21, April 1978. Diese und neun weitere Ausgaben der *Kommunistischen Korrespondenz* sowie der deutschen Ausgabe von *Spartacist* mit Artikeln über das Vereinigte Sekretariat können zum Sonderpreis von 5,-- DM über die Redaktionsanschrift bezogen werden.

Weltbewegung, Erklärung des Politischen Komitees der SWP, 1. März 1963, meine Hervorhebung)

Erst als die SWP viel zu respektabel-reformistisch geworden war, um gerne mit (erfolglosen) Guerillas in Zusammenhang gebracht zu werden, entsagte sie der Guerillaorientierung - nicht aber dem Regime des (erfolgreichen) Castro. Die Guerillaorientierung hätte der SWP im Wege gestanden, bürgerliche Politiker für ihre sozialchauvinistische Antivietnamkriegs-Kampagne („Bring *our* boys home!“) anzuwerben.

Die GIM und das Vereinigte Sekretariat

Damit bin ich bei der internationalen Arbeit des Vereinigten Sekretariats angelangt. Obwohl es so gut wie keine Diskussion und kaum Informationsfluß in der letzten Zeit gegeben hat (was korrespondiert mit der Erklärung von Pierre Frank auf der a. o. NK, daß im VS seit Jahren nicht mehr über die Situation in Deutschland diskutiert worden ist), will ich versuchen, die Politik der GIM in ihren internationalen Zusammenhang einzuordnen.

Seit der „zweiten Wiedervereinigung“ (der formellen Auflösung von LTF und IMT) sind die bestehenden internationalen Differenzen weitgehend unter den Teppich gekehrt worden. Die kritischen Fragen des IX. und X. Weltkongresses (Guerillaorientierung, Chile, Portugal) sind nicht ausdiskutiert worden.

Klar ist eine internationale Anpassung - vor allem der ehemaligen IMT-Gruppen - an die massen-reformistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung. In Frankreich nahm die LCR im Rahmen der Volksfront-Wahlkampagne an Veranstaltungen mit den linken Radikalen und dissidenten Gaullisten teil. Und in Nanterre unterschrieb J-F Godchau, ein nationaler Führer der LCR, einen Aufruf (unter anderem von den „Gaullisten für den Fortschritt“ unterzeichnet) mit dem Titel „Für den Sieg der Linksunion am nächsten Sonntag“! Die LCR ließ hier ihre vorgebliche Unterstützung allein der reformistischen *Arbeiterparteien* in der Hitze der letzten Wahlperiode fallen *(Workers Vanguard* Nr. 201,14. April 1978). Die kriecherische Unterstützung der LCR für die französische Volksfront – vor allem für die PCF - hat nichts gemein mit der trotzkistischen Haltung der unversöhnlichen Opposition gegenüber solchen „verschiedenartigsten politischen Kombinationen zum Betrug an den Werktätigen“ (Trotzki, Spanien, S. 298).

Nach der Wahlpleite der Linksunion hat die LCR diese Politik fortgeführt. Ehrengäste bei der „Rouge-Fete“ am 27./28. Mai waren nicht nur der antikommunistische Dissident Plijuschtsch, sondern der „sozialistische“ General Becam und der Admiral Sanguinetti - Schlächter der vietnamesischen und algerischen Völker –, die, unwidersprochen von den Genossen der LCR, den imperialistischen Zweiten Weltkrieg verteidigt und die „Effizienz“ von „demokratischen Armeen“, wie z. B. der deutschen Wehrmacht(!), angepriesen haben. Becam – unwidersprochen von der LCR-Führung – führte weiter aus:

> „Aber man muß aufpassen bei Arbeitermilizen, es gibt das Risiko, daß sie undemokratischer als die Armee werden. (...) Da ist ein Beispiel für eine Arbeitermiliz: die deutsche SA. Eine Arbeitermiliz kann schnell dazu kommen, Ähnlichkeit mit der SA zu haben.“ (*Workers Vanguard* Nr. 210, 30. Juni 1978)

Diese skandalöse Äußerung eines Podiumsgastes der LCR ist nur ein Beispiel dafür, an welche Kräfte die neue Orientierung der LCR sich anbiedert.

Die Position der reformistischen amerikanischen SWP zum bürgerlichen Staat ist hinreichend charakterisiert durch ihren Aufruf an das US-Heer, die schwarzen Kinder Bostons vor rassistischen Übergriffen zu schützen – vermutlich genau so, wie es „Freiheit und Demokratie“ in Indochina verteidigt hat... Dieser Aufruf ist klassisches Kautskyanertum: der bürgerliche Staat wird als neutral betrachtet, er kann von Sozialisten im Interesse der Unterdrückten „umfunktioniert“ werden. Dieser Aufruf reiht sich ein in mehr als ein Jahrzehnt SWP-Reformismus, beispielhaft mit der Erklärung vom nationalen Organisationssekretär der SWP Barry Sheppard vor Gericht:

> „Die SWP nimmt weder teil, noch befürwortet sie Gewalt oder *irgendeine andere* illegale Aktivität.“ (Erklärung zum Southern District Court of New York, 12. Dezember 1974)

Womit die Position der SWP zur proletarischen Revolution geklärt sein dürfte.

Ein neuerliches Beispiel der sozialdemokratischen Bestrebungen der ehemaligen LTF ist der Aufruf Hugo Blancos vom 23. Juni für „eine große Arbeiterpartei“ in Peru. Blanco ruft vorgebliche Trotzkisten, Maoisten, Moskau-orientierte Stalinisten und die Basis der bürgerlich-nationalistischen PSR (die von Militäroffizieren geführt wird) auf, eine Partei auf der „Basis von zwei oder drei grundlegenden Punkten“ zu formieren *(The Militant* vom 21. Juli 1978). Diese Initiative von Blanco und der peruanischen Partido Socialista de los Trabajadores könnte höchstens eine neue reformistische Organisation ins Leben rufen, die die Lehren von fünfundsiebzig Jahren leninistischer Politik verleugnen müßte.

„Wiedervereinigung“ 1963 und 1977

Die Wiedervereinigung zwischen dem Internationalen Sekretariat unter Pablo/Mandel/Frank und der SWP im Jahre 1963 erfolgte nach der Kapitulation der SWP vor der Guerillaorientierung und dem Erfolg des „unbewußten Trotzkisten“ Fidel Castro. Die Fraktionsauseinandersetzungen nachdem IX. Weltkongreß waren international ein Ausdruck der weiteren Rechtsentwicklung der SWP, die zunehmend die Rolle der fehlenden reformistischen Massenpartei in den USA anstrebt – folglich die Ablehnung der abenteuerlichen^ Guerillaorientierung der IMT in Lateinamerika durch die SWP.

Die jetzige Auflösung der Fraktionen (IMT und LTF) beruht auf einer zeitweiligen Annäherung der Zentristischen Ex-IMT an die reformistische SWP in einer Situation, wo die Ex-IMT sich zunehmend an Volksfronten, Eurokommunisten und osteuropäischen Dissidenten, anstatt der „radikalen Linken“ der 68er Studentengeneration, orientiert.

Die „zweite Wiedervereinigung“ ist nicht eine Festigung und Stärkung der Vierten Internationale, sondern ein weiterer Schritt in der Degeneration des Vereinigten Sekretariats. Vierzig Jahre nach der Gründung der Vierten Internationale unter Führung von Leo Trotzki bietet nur ein harter Kampf für das Übergangsprogramm und gegen Liquidatorentum und Impressionismus eine Perspektive für Genossen, die Kommunisten in der Tradition Lenins und Trotzkis werden wollen.

Genossen, die mit der Stoßrichtung und den grundsätzlichen Aussagen meiner Dokumente übereinstimmen, fordere ich zur gemeinsamen Diskussion auf, um sich auf dieser Grundlage zu einer trotzkistischen Fraktion in der GIM zusammenzuschließen.

siggi (Bochum)
1. Oktober 1978

Kopien des zweiten Dokuments des Genossen Siggi, „SPD und revolutionäre Politik“, sind zum Preis von je 3,-- DM über die Redaktionsanschrift erhältlich.

Kommunistische Korrespondenz



Ein Ergebnis, keine Perspektiven

GIM-Konferenz schließt ihren ersten Trotzkisten aus

Die lang erwartete und wegen interner Querelen mehrmals verschobene Nationale Konferenz der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deutsche Sektion des pseudotrotzkistischen „Vereinigten Sekretariats"(VS) von Ernest Mandel, fand nun doch vom 5.-7. Januar statt. Auch wenn die verworrenen Zustände in der GIM nicht einer Klärung nähergebracht werden konnten, so war dieses Wochenende doch nicht *vollkommen* ergebnislos: Einmal wurde die Konferenz um drei Monate vertagt, da eine gemeinsame Basis der diversen konkurrierenden Cliquen und Fraktionen nicht zustandegebracht werden konnte. Zum anderen wurde ein langjähriges GIM-Mitglied bürokratisch ausgeschlossen, mit der Begründung, daß es mit diesen - nichtvorhandenen - gemeinsamen „Positionen der GIM" nicht übereinstimmt. Trotz eifriger Bemühungen des Politischen Büros (PB) konnte dem Genossen kein Disziplinbruch nachgewiesen werden, so daß sich die Begründung der GIM-Führung allein auf seine Opposition gegenüber allen Strömungen in der GIM und auf die schonungslose bolschewistische Kritik ihrer gemeinsamen opportunistischen Grundlage stützt. Diese beiden Beschlüsse beleuchten schlaglichtartig die verfahrene Situation, in der die GIM sich befindet. Sie zeugen vom verzweifelten Bemühen, die auseinanderstrebenden Tendenzen der GIM zu einer rein formalen Einheit für ein weiteres Jahr zusammenzukitten und gleichzeitig von der Unfähigkeit, die entscheidenden programmatischen Fragen zu diskutieren und einer trotzkistischen Kritik ihrer hilflosen Nachtrabpolitik hinter den diversen „Bewegungen" mit politischen Argumenten zu begegnen.

Kalte Spaltung

Nach langem Schwelbrand spitzten sich im letzten Jahr die Differenzen zwischen der auf das links-sozialdemokratische Milieu orientierten PB-Mehrheit und den workeristisch orientierten „betrieblichen Genossen" über die Frage^ vor welcher „Bewegung" man am meisten kapitulieren soll, immer mehr zu. Aus der verwirrenden Vielfalt von meist lokal- oder bereichsbornierten Cliquen bildeten sich drei Hauptgruppierungen heraus. Die Tendenz A sieht ihre vornehmste Aufgabe in der „Entwicklung einer einheitlichen Propaganda" mit Gruppierungen wie dem Sozialistischen Büro und dem *Langen Marsch*, um „einen alternativen Pol links von der Sozialdemokratie" zusammenzuzimmern *(was tun* Nr. 241/ 242, S. 10). Die radikal-ökonomistische „Proletarische Fraktion" (ProFra) ist so sehr damit beschäftigt, ihre Genossen in den Betrieben zu vergraben, daß sie außerstande war, ein Dokument für die Konferenz zu erstellen. Und der durch seinen Namen schon hinreichend charakterisierte Zwischensumpf, der erst nach erheblichen Geburtswehen einige unverbindliche Positionspapiere produzieren konnte, schwankt zwischen seiner „Loyalität" zum Vereinigten Sekretariat der „Vierten Internationale" (das mehrheitlich die Tendenz A unterstützt) und seinen Gelüsten, der ProFra auf ihrem Weg des tiefen unprogrammatischen Entrismus in der „reinen Arbeiterklasse" hinterherzustürzen.

Damit seine deutsche Sektion nicht vollkommen den Bach runtergeht, startete das VS im letzten Sommer ein großes Einheitsmanöver, das vor allem in der Einrichtung einer „paritätischen Kommission" unter Beteiligung aller Strömungen bestand, um zumindest eine brüchige Einheit um jeden Preis, zur Not auch auf Kosten der ProFra, herzustellen. Nachdem trotz mehrmaliger Verschiebung der Nationalen Konferenz (NK) kein tragfähiger Kompromiß zustandegebracht werden konnte, herrschte auf der NK allgemeine Ratlosigkeit, aus der man sich nur herausretten konnte, indem man die Konferenz (und damit eine „Lösung" des Problems) vertagte. Nun tagt die paritätische Kommission fleißig weiter, um das Unmögliche möglich werden zu lassen.

Doch es ist durchaus möglich, daß die „Einheit" über das nächste Jahr hinweg gerettet wird, unter Inkaufnahme des Abbröckelns der Hardliner und demoralisiertesten Elemente auf beiden Seiten und unter Umgehung der Klärung auch nur der brennendsten politischen Fragen. Denn die Polarisierung in der GIM verläuft entlang vollkommen falscher und unpolitischer Positionen. Die Diskussion konzentriert sich auf die Frage nach der „Glaubwürdigkeit" und „Effizienz" der Arbeit der diversen Gruppen, vor allem darauf, wie man die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit (jahrelanges Stiefkind der GIM) angehen soll. Politische Debatten, wie die Konfrontation zwischen dem Ex-Gewerkschaftsbürokraten Sonja und den Bürokraten-in-spe der ProFra zur Stahltarifrunde, bildeten die Ausnahme auf der Konferenz. Das politische Niveau in der GIM sinkt entsprechend dem zunehmenden Zynismus und der Bereichs- und Ich-Orientiertheit; selbst der Organisationssekretär konnte diese Tatsache in seinem Bericht auf der außerordentlichen Konferenz im Juni letzten Jahres nicht länger umgehen (siehe unsere Analyse im Extra-

Fortgesetzt auf Seite 22